

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Die nächste Nummer wird des Bettages wegen am Donnerstag, den 3. d., Nachmittags ausgegeben.

Amtliches.

Berlin, 1. Mai. Se. R. O. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allernächst geruht: Den seitherigen Appellationsgerichts-Rath Pötz zu Kötz zu Mitgliede der Hauptverwaltung der Staatskassen zu ernennen und demselben den Charakter als Geheimer Finanz-Rath; sowie den Steuer-Einnehmer Tiges zu Überweiler, von Guerau zu Elsfeld, Schmöller zu Rhedt, Christiani zu Herford und Churry zu Klein zu Frankfurt den Charakter als Rechnungs-Rath; und dem Kanzlei-Vorsteher Böckeler den Charakter als Rechnungs-Rath; und dem Kanzlei-Vorsteher Am "Professor" beigelegt worden.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 121. Königl. Klassen-Lotterie fiel 1. Hauptgewinn von 25,000 Thlrn. auf Nr. 91,293. 4 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 11,980. 24,258. 50,564 und 83,269. Gewinne zu 1000 Thlrn. auf Nr. 2172. 2639. 5296. 5596. 6519. 6817. 50, Gewinne zu 1000 Thlrn. auf Nr. 2172. 2639. 5296. 5596. 6519. 6817. 50, 10,729. 10,786. 11,002. 11,750. 12,306. 13,955. 18,253. 19,251. 20,449. 28,803. 31,793. 32,383. 32,399. 32,780. 36,299. 36,665. 38,210. 42,361. 42,283. 44,718. 46,318. 47,320. 50,798. 53,402. 53,551. 57,490. 59,365. 61,421. 62,089. 63,317. 67,297. 67,719. 70,701. 74,667. 77,773. 79,533. 82,095. 83,431. 83,531. 84,378. 87,591. 88,074 u. 89,352. 89,44. 89,533. 16,518. 17,905. 18,972. 19,245. 20,070. 21,041. 21,256. 24,956. 25,773. 28,737. 28,738. 30,567. 31,814. 33,496. 34,205. 40,003. 43,247. 53,592. 55,936. 56,590. 62,773. 63,162. 63,890. 64,715. 69,910. 70,138. 74,286. 75,084. 77,208. 80,704. 83,088. 84,307. 89,063. 93,341 und 93,803. Gewinne zu 200 Thlrn. auf Nr. 197. 2616. 2892. 3428. 4629. 7061. 8391. 9584. 9599. 12,571. 12,816. 13,958. 13,959. 14,411. 14,536. 15,293. 17,325. 19,271. 21,308. 21,367. 21,980. 22,742. 24,627. 30,092. 31,601. 31,973. 32,969. 32,989. 35,263. 37,247. 39,764. 39,995. 40,153. 42,619. 44,404. 44,764. 44,910. 45,685. 46,353. 50,458. 51,774. 56,062. 57,312. 58,317. 59,389. 65,580. 65,628. 65,841. 67,127. 68,740. 73,283. 74,393. 74,509. 79,977. 80,170. 82,503. 85,206. Berlin, den 30. April 1860.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag, 30. April, Nachmittags. Die hiesigen Blätter dementiren offiziell die Gerüchte über einen Flucht- oder Selbstmordversuch Richter's.

Die "Destreichische Zeitung" enthält ein Telegramm aus Pesth, nach welchem das Requiem für Szekelyenhi unter geistiger Beihilfe der Bevölkerung und ohne Störung vorübergegangen. Es waren etwa zehntausend Menschen versammelt.

Paris, Montag, 30. April. Der heutige "Moniteur" meldet, daß in Savoien von 135,449 zur Abstimmung eingeschickten 130,533 mit "Ja", 135 mit "Nein" gestimmt haben.

Eine aus Madrid eingetroffene Depesche meldet, daß Graf Montemolin in den Willen kundgethan, die Königin Isabella anzuerkennen.

(Eingegangen 1. Mai 8 Uhr Vorm.)

Wien, Dienstag 1. Mai, Morgens. Die heutige amtliche "Wiener Zeitung" veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben vom 29. April, durch welches der Kardinal-Erzbischof Rauch, die Fürsten Adolph Schwarzenberg, Franz Liechtenstein, Vinzenz Auersperg, die Gräfen Franz Hartig, Franz Haller, Georg Aponyi, die Feldmarschall-Generäle Graf Degenfeld und Baron Doksevits zu Lebzeiten, und ferner aus den Kronländern noch 38 Personen als zeitlichen außerordentlichen Reichsräthen ernannt werden. Das Blatt meldet ferner, daß der Kaiser mittelst Allerhöchster Entschließung vom 22. April, um den §. 4 des Patents über die Verhältnisse der protestantischen Kirche in Völklingen zu schenken, angeordnet habe, die evangelische Abtheilung im Kultusministerium solle unvergänglich in Wirksamkeit treten.

(Eingegangen 1. Mai 10 Uhr 55 M. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 30. April. [Bur Konferenzfrage; auswärtige Einmischung in deutsche Angelegenheiten; eine neue Flugschrift.] Die Unterhandlungen über die Konferenz gehen nicht recht von Statten, weil keine Macht in das Ergebnis derselben ein großes Vertrauen setzt. In England werden Stimmen laufen, welche die Theilnahme an einer Konferenz überhaupt widerrathen, und auch bei uns macht sich vielfach eine ähnliche Anschauung geltend. Wenigstens darin stimmen alle einflorigen Politiker überein, daß die europäische Diplomatie auf jede wirtschaftliche Bürgschaft für die Neutralität der Schweiz verzichten würde, wenn sie den Zusammentritt der Konferenz in Paris gestattet und die von Frankreich gestellte Bedingung, daß von einer Gebietsabtretung an die Schweiz nicht die Rede sein dürfe, von vorn herein annimmt. In beiden Beziehungen wurde bisher der Widerstand Preußens noch von England unterstützt, doch hat das Parlament Preußens nicht die mindeste Konferenz bewiesen, und man besorgt hier, daß Napoleon bereits die Zu-

stimmung der britischen Minister im Geheimen gewonnen hat. — Von mehreren Seiten ist gemeldet worden, daß sowohl Frankreich wie bei England den jüngsten Streitigkeiten im Schooße der deutschen Bundesversammlung Gelegenheit genommen haben, sich über die schwierigen deutschen Fragen in dem einen oder dem andern Sinne zu äußern. So wird behauptet, England habe der Haltung Preußens in der kurhessischen Angelegenheit warme Anerkennung gezollt und seine Agenten angewiesen, bei den kleinen deutschen Regierungen zu Gunsten dieser Politik zu wirken, während Frankreich nach einer entgegengesetzten Richtung operire. (Vergl. gestr. 3.) Offenbar hat man die Sache so darstellen wollen, als ob Preußen eine Mischung an dieser Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten trage. Begreiflicher Weise liegt es im Bereiche der Möglichkeit, daß auswärtige Kabinette in vertraulichen Instruktionen an ihre Agenten die Sache berührt haben. Sicher aber ist, daß das preußische Kabinet über Fragen der Art nicht mit der fremden Diplomatie unterhaadt und nicht um die Gunst Englands buhlt. — Eine so eben erschienene Flugschrift: "Sein oder Nichtsein? Frage an Preußens Volk und dessen Vertreter" beleuchtet die Gefahren der allgemeinen Lage und nimmt sich sehr warm der Heeresorganisation an. Wenn es sich um Lebensfragen handelt, dann schwirgen die Wünsche des Einzelnen. Wir bieten durch inneren Zwist dem Auslande ein trauriges Bild, und es lebt ein Demand, der sich dessen freut und dem wir keinen größeren Vorwurf leisten könnten, als wenn wir in arger Verblendung uns der Mittel beraubten, für die Macht, Ehre und Unabhängigkeit des Vaterlandes einzustehen. Wir können uns auf Niemand verlassen, als auf uns selbst: weh uns, wenn wir uns selbst verlassen!" So schließt der Verfasser.

(Berlin, 30. April. [Vom Hofe; Parade; Korsofahrt; Verschiedenes.] Der Prinz-Regent arbeitete gestern Nachmittag, bei seiner Rückkehr von Potsdam, noch mit dem Fürsten von Hohenzollern und den Ministern v. Auerswald und v. Schleinitz. Mittags 12 Uhr hatte im Staatsministerialgebäude, unter dem Vorsitz des Ministers v. Auerswald, eine mehrstündige Berathung stattgefunden. Heute Vormittag ließ sich der Prinz-Regent von den Geheimräthen Costenoble und Illaire Vortrag halten, arbeitete darauf mit dem Kriegsminister v. Noor und dem General v. Manteuffel und hatte Mittags eine Konferenz mit dem Fürsten von Hohenzollern und dem Minister v. Auerswald. Nachmittags machte der Prinz-Regent und seine Gemahlin mit den übrigen Herrschaften eine Spazierfahrt und dehnten diese bis nach Charlottenburg aus, wo sie sich eine Zeitlang im Schloßgarten ergingen. Bald nach 4 Uhr kehrten die Prinzen und Prinzessinnen durch das Brandenburger Thor zur Stadt zurück. — Morgen früh 8 Uhr fährt der Prinz-Regent mit den königlichen Prinzen nach Potsdam und nimmt dem 1. Garde-Regiment zu Fuß, welches sich bekanntlich in der Schlacht bei Groß-Görschen ausgezeichnet hat, die Parade ab. Wegen des Bußtages kann die Parade nicht am 2. Mai abgehalten werden. In den früheren Jahren brachte das Musikkorps des 1. Garde-Regiments dem Könige vor dem Wohnzimmer Ihrer Majestäten im Stadtschlosse eine Serenade, welche mit einem großen Zapfenstreich rings um das Schloß und mit dem Abendgebet im Schloßhof endigte. Mittags 12 Uhr wird der Prinz-Regent mit seiner hohen Begleitung von Potsdam nach Berlin zurückkehren und dann wollen die hohen Herrschaften an der Korsofahrt im Tiergarten Theil nehmen, die von Offizieren, unter ihnen die Rittmeister Graf Lehndorff und v. Prillwitz, veranstaltet worden ist. Dieser ersten Korsofahrt werden unter derselben Leitung noch mehrere folgen. Wünschenswerth ist, daß diese Belustigungen von schönem Wetter begünstigt werden. — Die Frau Prinzessin von Preußen trifft bereits Vorbereitungen zur Abreise nach Koblenz und geht in etwa 8 Tagen Berlin zu verlassen. Wie schon bekannt, wird die hohe Frau in Koblenz nur einige Tage verweilen, alsdann zu einem kurzen Besuch an den großherzoglichen Hof nach Karlsruhe gehen und darauf einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in dem Kurorte Baden-Baden und zwar in Mesmer's Hotel nehmen. — Der Prinz Friedrich Wilhelm und der Prinz August von Württemberg wohnten heute Vormittag auf dem Tempelhofer Felde den Exerzier- und Evolutionen bei, die dort von einigen Infanterie- und Kavallerie-Regimentern, sowie von dem Garde-Artillerie-Regimente dort ausgeführt wurden. In den nächsten Tagen werden nunmehr die Regimentsvorstellungen beginnen. — Das reitende Jägerkorps gab gestern Nachmittag 3 Uhr seinem Chef, dem General der Infanterie v. Neumann im Hotel du Nord ein solennes Diner und überreichte ihm bei dieser Gelegenheit nachträglich ein Geschenk zu seinem 60jährigen Dienstjubiläum, bestehend in einem wertvollen silbernen Humpen, auf dessen Deckel ein Hirschkopf ruht. Der alte General ist immer ein sehr passionirter Jäger gewesen. — Täglich kommen jetzt hier Bütte von Auswanderern an; dabei fällt es auf, daß solche so viele Kinder und 15—16jährige Burschen mit sich führen. — Hier wird jetzt viel gebaut; meist werden neue Häuser aufgeführt, oder alte ausgebaut. Unter den Eindringen jetzt ein prächtiges Haus, das erst vor einiger Zeit fertig geworden ist. In demselben wollte der französische Gesandte, Prinz de la Tour d'Auvergne, gern die erste Etage beziehen und bot dafür eine jährliche Mietzins von 4000 Thalern. Der Besitzer soll auch geneigt gewesen sein, auf dies Anerbieten einzugehen, aber die Frau bemerkte: "Warum willst Du diese Wohnung vermieten, an der Du Deine Freude hast?" So erzählte man sich in der Stadt.

— [Rechtsentscheidungen.] Das neueste Justizministerialblatt enthält ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, wonach Streitigkeiten über die Errichtung von Kommunalabgaben, namentlich über die Zahlung des Einzugs geldes oder der Haushaltsteuer, vom Rechtswege ausgeschlossen sind, und Klagen darüber nur im Wege der Beschwerde bei der vorgelegten Verwaltungsbehörde erledigt werden können; ferner ein Erkenntniß des Obertribunals über die Fähigkeit des Appellationsrichters, ein Urtheil erster Instanz, welches den Angeklagten wegen eines Vergehens verurteilt, aus dem Grunde aufzuheben, weil die strafbare Handlung als ein Verbrechen zu betrachten ist, und die Sache demgemäß vor ein Schwurgericht zu verweisen; endlich ein Erkenntniß derselben Gerichtshofes über die Frage, in welchem Falle beleidigende Anzeichen, welche jemand in einer Klage oder Klagebeantwortung zur Ausführung und Verhildigung seiner Gerechtsame gemacht hat, als Injuriën angesehen und bestraft werden dürfen.

** — [Die Militär-Intendanturen.] Nach einer kriegsministeriellen Bestimmung soll fünfzigjährig die Ergänzung der Sekretariats- und Registraturbeamten bei den Militärintendanturen nur aus den Zahlmeister-Aspiranten bei den Truppenheeren in der Weise erfolgen, daß die Aspiranten, nach Erfüllung der weiterhin gedachten Bedingungen und nach der Anerkennung der einzelnen Befanzen, zunächst in Assistentenstellen bei dem Sekretariat, und beziehungsweise der Registratur einrücken, sodann aber auf dem Wege der Ascension zur Anstellung als Sekretäre und beziehungsweise Registratoren gelangen. Zur Ausbildung für den Intendantur-Subalternendienst dürfen nur solche Zahlmeister-Aspiranten zugelassen werden, welche die Prüfung zum Zahlmeister zur vollständigen Zufriedenheit abgelegt haben, das Zeugnis einer tadellosen Führung besitzen, unverheirathet und nicht über 28 Jahr alt sind, sich auch nicht etwa in derangirten Privatverhältnissen befinden. Der Kandidat hat außerdem das Zeugnis der Reife für die erste Klasse eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung beizubringen. Die zur Ausbildung für das Sekretariat zugelassenen Zahlmeister-Aspiranten werden zunächst den verschiedenen Lokalbehörden zur Beschäftigung überwiesen, sodann aber zur Intendantur herangezogen, im Sekretariat derselben bei den verschiedenen Geschäfts-Abteilungen beschäftigt und dann der vorgeschriebenen Prüfung unterworfen. Die zur Ausbildung für den Intendantur zur Beschäftigung im Registraturdienst zugewiesenen und demnächst, bei nachgewiesener Beschriftung, zur Ableistung des für Intendantur-Registraturbeamte vorgeschriebenen Examens verstatet. Nach abgeleiter Prüfung treten die Kandidaten zu den Truppenstellen zurück und werden nach dem Ergebnis der Prüfung, sofern dasselbe ein giüsstiges gewesen, zur Einberufung Beauftragt, resp. Anstellung notirt. Nach dem Datum der Notirung bestimmt sich das Dienstalter der Aspiranten, resp. die Reihenfolge ihrer Anstellung im Sekretariat. Mit der Anstellung als Sekretariats- oder Registratur-Assistent ist die Gewährung einer fixten Remuneration verbunden, die zunächst in 240 Thlrn. jährlich besteht und im Wege der Ascension auf 300 Thlr. zulegt auf 360 Thlr. jährlich sich erhöht, bis die Anstellung mit den höheren Gehältern als Sekretär oder Registratur erfolgt. Mit Rücksicht darauf, daß schon der Eintritt beim Militär mit einem Einkommen verbunden ist, erscheinen die Aussichten für die jungen Leute, welche den vorzeichneten Lebensweg einschlagen wollen, überaus günstig.

Breslau, 30. April. [Wasserstand.] In unser Oder ist das Wasser von gestern bis heute annehmlich gestiegen, wahrscheinlich die Folge der anhaltenden Regengüsse von gestern und vorgestern. Noch weit stärker aber hat es in den oberen Gebirgsgegenden geregnet, so daß, wie eben eingehende Nachrichten melden, alle Bäche und Flüsse und selbst auch bereits die Neisse aus ihren Ufern getreten sind. Wir haben also hier abermals einen hohen Wasserstand zu erwarten. (Br. 3.)

Bückau, 29. April. [Reaktion im Schulwesen.] Das Verbot der Kindergärten ist nun zwar aufgehoben, aber es bleiben noch viele Wünsche ähnlicher Art übrig, die sich auf die Aufhebung verschiedener Regierungs- und Konfessorialverfügungen beziehen, welche immer noch in voller Kraft bestehen. Aus den vielen Verfügungen, die eine wahre Nazia auf alle Schriften machen, welche eine rationelle Ausbildung des Schulwesens bezeichnen, heben wir nur folgende hervor: Die Konfessorialverfügung vom 7. Mai 1852 fordert die Beseitigung von Dinter's Werken, als dessen Katechismusbearbeitungen und Schullehrerbibel mit den trefflichsten Erklärungen, für welche der Verleger Wagener im Interesse der Sache den Preis so ermäßigt hatte, daß sie jedem armen Schullehrer zugänglich waren. Eine dergleichen Verordnung vom November 1852 fordert unbedingt in den Schulen die Beseitigung des neuen Magdeburger Gesangbuchs und Einführung des neuen Schulgesangbuchs mit 80 alten Kernaiedern im Urtext. Eine weitere vom 31. März 1854 verbietet Zerriners Schulgesangbuch, dessen Bibelkunde, dessen biblischen Leitfaden, Engels' Geist der Bibel, der auf dem Arbeitsstil des hochseligen Königs lag, und zehn verschiedene andere ähnliche Werke. Eine Verfügung vom 3. April desselben Jahres verbietet den Lehrern den Gebrauch der Hübner'schen biblischen Historien, Zerriners und Wilmens Kinderfreund. Eine andere Verfügung vom 14. Mai 1856 warnt die Lehrer vor dem Lesen rationeller Zeitschriften. Eine vom 9. April 1857 endlich bringt und empfiehlt die Hirschberger Bibel, dieses krasseste aller krasse Werke. (M. 3.)

Erfurt, 29. April. [Waffenfabrikation in Suhl.] In der bekannten Gewehrfabrikstadt Suhl sind kaum Arbeitskräfte genug zu beschaffen, so zahlreich sind die von mehreren deutschen Ländern eingehenden Bestellungen, an die sich auch reichliche von Russland und Paris schließen. Bedauerlich ist aber in Beziehung auf die deutschen Länder der Mangel an gleicher Bewaffnung, welcher sich selbst bei solchen Staaten, deren Kontingente zu einem Armeekorps gehören, fundiert. So finden sich z. B. bei vier Gewehren drei Kaliber und vier Systeme, und die Verschiedenheit der Konstruktion der Gewehre von Hessen-Darmstadt und Baden (S. Bundesarmeekorps) erstreckt sich selbst bis auf die Waffe. Und doch bietet für Realisierung einer gleichen Bewaffnung sich jetzt, wo man fast in allen Staaten das Bedürfnis neuer gezogener Gewehre anerkennt, die beste Gelegenheit dar. (W. 3.)

Halberstadt, 28. April. [Defraudationsprozeß.] Der eine der großen in der Provinz Sachsen eingeleiteten Kriminalprozesse, die aus Steuerdefraudation bei der Rubenzuckerfa-

tion hervorgegangen sind, ist jetzt endgültig abgeschlossen. In seiner Sitzung vom 26. d. M. hat das königl. Obertribunal die von dem Fabrikbesitzer Hans v. Kothe jun. aus Hamersleben und dem Steuerausheber Fidler gegen das sie wegen Urkundenfälschung zu 2 resp. 4 Jahren Zuchthaus verurteilende Erkenntnis des hiesigen Schwurgerichts vom 3. Februar d. J. eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen.

Hamm., 28. April. [Römerreste.] In neueren Schriften ist der Ort der Niederlage des Römerheeres unter Varus in der Gegend zwischen den Flüssen Ems und Lippe, unfern der Stadt Beckum, angenommen. Etwa 15 Minuten von dieser Stadt sind in den letzten Tagen beim Drainieren eines Feldes mehrere Überreste von menschlichen Skeletten und Pferdegerippen, Speerspitzen, kurzen Schwertern, Korallen, eine schöne Vincette von Bronze mit dem Zeichen XIX. (bekanntlich wurde die 19. römische Legion mit vernichtet), Pferdetrensen und andere Stücke von Pferdegeschirr, aufgefunden.

Köln, 29. April. [Gründung des Provinzialkonzils.] Heute Morgens wurde unter dem festlichen Geläute der Glocken sämtlicher Kirchen der Stadt, das auch schon gestern Abends erhöht hatte, das Provinzialkonzil im Dome feierlich eröffnet. Der Metropolit, der Fürstbischof von Breslau, die Suffragane der Kölner Erzbistüme, die beiden exemten Bischöfe von Hildesheim und Osnabrück, die Weihbischöfe, Domkapitulare und andere Mitglieder des Konzils, so wie die Alumnen des Priesterseminars, die Ordensgeistlichen, mehrere Kuratgeistliche, so wie sämmtliche Pfarrer der Stadt versammelten sich um 8 Uhr in der Pfarrkirche zum h. Andreas, von wo sie in feierlicher Prozession zum hohen Chor des Doms zogen. Im Dome selbst nahmen der Erzbischof, die Bischöfe und Weihbischöfe, so wie die Assistenten, Vikare und Beamten des Konzils Platz um den Hochaltar; die anderen Mitglieder des Konzils stellten sich im Chor vor dem neu angebrachten Abschluß, die übrige Geistlichkeit hinter demselben auf. Die Feier wurde eröffnet durch ein feierliches Hochamt des Spiritu sancto, welches vom Metropoliten zelebriert wurde. Nach dem Hochamte wurde die Litanei von allen Heiligen gebetet; unter den einzelnen Bitten war eine auf den göttlichen Segen und Bestand für die Synode gerichtet. Nach der Recitation des Veni Creator hielt der Erzbischof eine lateinische Ansprache über die Bedeutung und Aufgabe des Provinzialkonzils in Bezug auf das unabänderliche System des katholischen Glaubens, und erklärte die Synode für eröffnet. Damit das ganze Geschäft des Konzils im engen Anschluß an die Kirche und nach den kirchlichen Sätzen vorgenommen würde, erklärten sämmtliche Mitglieder knieend vor dem Erzbischofe ihr Festhalten am katholischen Glaubensbekenntnis und ihre Unterwerfung unter den heiligen Vater; sie beschworen alle über dem Evangelienbuche ihre Treue im katholischen Glauben. Darauf wurden, wie es von jeher bei der Gründung der Konzilien geschen ist, fünf Decrete verlesen, welche schon vorher festgestellt waren und die sich hauptsächlich auf den Geschäftsgang des Konzils beziehen. Nach der Verlesung dieser Altentüte wurde publiziert, daß die zweite feierliche Sitzung am 10. Mai nächsthin gehalten werden solle. Nachdem hierauf noch die Notare des Konzils bezeichnet, und ihnen ihre Pflichten vorgehalten und der bischöfliche Segen ertheilt worden, schloß die erste öffentliche Sitzung. Die ganze Feier machte einen erhebenden, imponirenden Eindruck. Die verschiedenen zum Dome führenden Straßen, so wie das herrliche Gotteshaus selbst waren mit Tausenden und aber Tausenden von Menschen gefüllt. (K. 3.)

Stettin, 30. April. [Der Spiritus export und die Eisenzölle.] Die „Dts. Z.“ schreibt: Auf den ersten Blick scheinen der Spiritusexport und der Schutzoll auf Eisen vielleicht Manchem ein Paar durchaus des Zusammenhangs entbehrende Gegenstände zu sein. Es ist aber nicht schwer nachzuweisen, daß der Spiritusexport, und damit eines der wichtigsten ländlichen Gewerbe unserer östlichen Provinzen durch die Eisenzölle direkt belastet wird. Wir sprechen hier nicht von der Betheuerung der Destillationseinrichtungen, sondern nur von den eisernen Bändern der Spiritusfässer. Zum Export sind in Stettin allein in v. J. ca. 10,000 F. gekommen und in diesem Jahre werden wahrscheinlich mindestens 15,000 F. Spiritus von hier nach dem Auslande ausgeführt werden. Jedes Fäß hat nun 8 eiserne Reifen, welche zusammen ca. 19½ Pfund wiegen. Dies macht für obige ca. 15,000 F. 2925 Ert. Bandeisen. Für den Centner Bandeisen beträgt die Steuer 1½ Thlr., und selbst zu diesem enormen Steueraufzug können die schlesischen Werke nur mit Schwierigkeit konkurrieren. Der Exporthandel Stettins mit Spiritus hatte also im vorigen Jahre einen Eisen-Schuhzoll von ca. 4800 Thlr. in diesem Jahre von ca. 7500 Thlr. zu zahlen. Das ist eine von den Konsequenzen des Schuhystems: um „die vaterländische Industrie zu heben“ schafft es auf der einen Seite eine Gewerbehäufigkeit, die Eisensfabrikation, welche trotzdem nach ihrer eigenen Aussage nicht auf einen grünen Zweig kommen kann, und hemmt auf der anderen Seite die Entwicklung der Landwirtschaft, die Basis der Gewerbehäufigkeit des preußischen Staates.

Oestreich. Wien, 29. April. [Notizen.] Graf Chamord ist von Benedig in Frohsdorf eingetroffen und wird demnächst nach Wien kommen. — Ein päpstlicher Oberst ist gestern hier durchgereist, um die für die päpstliche Armee in England und Belgien angeworbenen Freiwilligen zu übernehmen und nach Rom zu führen.

— [Hirtenbrief gegen die Juden.] Die „Presse“ veröffentlicht den Wortlaut des mehrerwähnten Hirtenbriefes gegen die galizischen Juden. Wir entnehmen demselben nachfolgende Stelle, welche den wesentlichen Inhalt des bischöflichen Erlasses zusammenfaßt: „Wir reservieren unsrer bischöflichen Gewalt folgende Fälle: 1) Wer immer nach Veröffentlichung der gegenwärtigen Verordnung zusammen mit Juden, wie in einer Familie, wohnen, oder bei einem Juden einen dauerhaften Dienst für einen auf eine verabredete Zeit über eingekommenen Lohn als Knecht, Geselle und dergl. annehmen sollte; und Weiber, welche sich als Almosen oder Kinderwärterinnen für jüdische Kinder verdingen oder auf eine andere Art einen dauerhaften Dienst bei Juden verrichten sollen. 2) Eltern und Vormünder und alle Jene, welche eine Gewalt über Kinder haben, die diese Kinder in die Lehre oder in Dienst zu Juden geben sollten. 3) Wenn aber vor Veröffentlichung der gegenwärtigen Verordnung ein rechtsgültiger Vertrag zu Stande gekommen ist, so wird die Strafe des Reservats auf

sich ziehen, wer nach Beendigung des geschlossenen Vertrages, spätestens nach Beendigung eines Jahres, noch weiter im jüdischen Dienst verbleiben oder seine Kinder in diesem Dienste belassen sollte. 4) Alle Personen, männliche oder weibliche, welche mit einem Juden oder mit einer Jüdin körperliche Gemeinschaft zu pflegen wagen sollten. Neben dies verordnen wir, daß Dienstgen, welche zusammen mit Juden wohnen, oder im dauerhaften Dienste bei Juden stehen, weder als Gewalter bei Taufen, noch als Zeugen bei Trauungen, noch zu kirchlichen Bruderschaften zugelassen werden sollen, und daß Jenen, welche ungeachtet der vom Seelenhirten erhaltenen Ermahnung im besagten Verhältnisse mit Juden verblieben sind, und die vor dem Tode sich nicht mit Gott versöhnt und das gegebene Abergernis in Gegenwart wenigstens zweier Zeugen nicht zurückgewesen haben, nach dem Tode das kirchliche Begräbnis versagt sein solle. Es wird zwar erlaubt sein, ihre Leichen auf dem Friedhof zu beerdigen, aber ohne jegliche religiöse Ceremonie und ohne Beipreuung. Allein auch Dienstgen, welche sich vor dem Tode mit Gott versöhnen und das gegebene Abergernis widerrufen, sollen nur mit Beipreuung beerdig werden; jede Begräbnisfeierlichkeit aber hat zu unterbleiben. Unsre obige Anordnung soll mit einer angemessenen Predigt durch drei aufeinander folgende Sonntage von der Kanzel veröffentlicht, und diese Veröffentlichung jedes Jahr am ersten Adventssonntag erneuert werden. Hierbei verordnen wir jedoch, Alles zu vermeiden, was mit der christlichen Liebe im Gegensatz stehen und das gläubige Volk zum Haß und zur Verfolgung der Juden aufreizen könnte.“ (!)

Baden. Karlsruhe, 29. April. [Erzbischöfliches Rundschreiben.] Der Erzbischof von Freiburg hat an den Clerks über die jüngsten Vorgänge eine Botschaft erlassen, worin es heißt: „1) Die Konvention ist zwischen Papst und Großherzog abgeschlossen worden. Beide waren zu dem Abschluß berechtigt. 2) Die Konvention wurde von dem Großherzoge abgeschlossen, ratifiziert und im Regierungsblatte zum Vollzuge publiziert. Sie ist also ein vollzogener Vertrag. 3) Dieser Vertrag giebt der Kirche diejenigen Rechte zurück, welche ihr durch die Reichsgesetze und völkerrechtlichen Verträge garantirt waren und ihr als wohlerworbene Rechte nie rechtlich entzogen werden konnten. 4) Diese durch die Konvention aufs Neue vertragsmäßig garantirten Rechte der Kirche können ihr von dem einen Kontrahenten (dem Staate) nicht einseitig entzogen werden. 5) Die Konvention ist durch die päpstliche Bulle Aeterni Patris, welche auch im Regierungsblatt verkündet ist, als Kirchengebet für uns Katholiken promulgirt. Wir haben deshalb die Pflicht, die darin enthaltenen Rechte der Kirche zur Durchführung zu bringen, und wir üben durch die Erfüllung dieser Pflicht nur unser Recht aus. Nach der Verfassung und Ordnung der katholischen Kirche sind wir in geistlichen Dingen den Anordnungen und Befehlen des Oberhauptes der Kirche, welche uns in authentischer Form zugehen und mit den allgemeinen Kirchengefilden übereinstimmen, Geborsam schuldig. Wir halten uns daher nicht für ermächtigt und halten es nicht für erlaubt, von den uns ertheilten Weisungen des apostolischen Stuhles abzuweichen, ohne von ihm eine andere Weisung erhalten zu haben. Wir haben die Pflicht, an den durch die Konvention der Kirche erwachsenen Rechten und den uns darüber zugegangenen Vorschriften des apostolischen Stuhles festzuhalten. Wir werden dieser Pflicht nachkommen und sie, so gut wir vermögen, zum Vollzug bringen. Nach diesen Grundzügen werden wir vorkommenden Falles selbst handeln, und Euch, hochwürdige Mitbrüder, unsere, von Euch abzuwartenden Weisungen ertheilen.“

Heidelberg, 29. April. [Prof. Umbreit.] Unsre Universität ist von einem schweren Verluste getroffen worden: der Senior der theologischen Fakultät, Geh. Kirchenrat Umbreit, ist am 26. d. einer langen, äußerst schmerzhaften Krankheit erlegen. Er war im Januar 65 Jahre alt geworden. (B. L. 3.)

Hamburg, 28. April. [Selbstmord; Theaterangestellten.] Hier ist in den jüngsten Tagen eine wahre Selbstmordmanie in den verschiedensten Todesarten eingetreten, in den drei letzten Tagen schon fünf derselben, unter ihnen eine nicht mehr ganz junge Witwe, die sich ihren Säugling an die Brust gebunden und dann ertränkt hatte, ein Soldat auf seinem Posten u. s. w. — Aus unserer Nachbarstadt Altona wird eine höchst ergäbliche Theatertgeschichte gemeldet. Es wurde dort in voriger Woche die Stimme von Portici gegeben und hatten eine Anzahl der dort garnisonirenden dänischen Soldaten sich zur Darstellung neapolitanischer Soldaten hergeben müssen. Bekanntlich werden diese in der Oper von Malamocco's Leuten angegriffen und müssen weichen. Bei der Aufführung wollte es ihnen aber nicht in den Sinn, daß sie als Soldaten vor bloßen Civilisten fliehen müßten und zogen sie deshalb vor, mit ihren Fäusten und Kolben ihren Platz vor den Kulissen tapfer zu behaupten, bis es nach vieler Mühe dem Regisseur gelang, das beleidigte soldatische Ehrgefühl zu beruhigen und sie zum Weichen zu bringen. — Die hier weilende italienische Operngesellschaft hat sich zu neuen Vorstellungen engagiren lassen und wird man bei dieser Gelegenheit sie wohl zu einigermaßen vernünftigen Preisen hören können. Gegen den Zwischenhandel mit Theaterbillets besteht hier gar keine Verfügung und so sind denn für die ersten Vorstellungen die Preise rasend in die Höhe getrieben worden, so sehr, daß es bei der 5. und 6. bereits an Käufern mangelte und die Billets zu den besten Plätzen zu wahren Spottpreisen von Zwischenhändlern verkauft werden mußten. Die Herren sind dadurch in großer Verluste gerathen und werden wohl in Zukunft vorsichtiger sein. Man zeigt hier triumphirend auf diese Nefultate der Konkurrenz hin, die wahrscheinlich dem Geschäft mit Theaterbillets durch Zwischenhändler einen wirkamer Damm gegeben hat, als jede denkbare Polizeiverfügung, wie sie z. B. in Berlin in reichlichem Maße bestehm. (B. 3.)

Hessen. Kassel, 29. April. [Preßprozeß; Dr. v. Goddau.] In einem Artikel der „Hess. Morgenzeitung“ soll schon früher die Staatsprokuratur eine strafbare Handlung gefunden haben, nämlich in einem gegen Herrn v. Linde zu Frankfurt gerichteten Passus, worin eine Verleugnung des Bundesstaates Liechtenstein zu finden sei. Die deshalbige Anklage soll an das Kriminalgericht abgegeben sein. — Herr v. Goddau, welcher seit dem Rücktritt des Herrn v. Meyer das Ministerium des Auswärtigen leitet, ist schon einige Zeit unwohl, und man ist hier im Allgemeinen nur zu geneigt, das Unwohlsein unserer höchstgestellten Beamten auf Grunde zurückzuführen, welche das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen. (F. 3.)

Mecklenburg. Schwerin, 29. April. [Ein Monat prozeß.] In der Untersuchung gegen die 600 Unterzeichner der christlichen Ermahnung an Krabbe haben am 23. d. Mts. die Verhöre begonnen. Als Inquisitor fungirt der Syndikus Dr. Mann. Am ersten Tage ward nur einer, der Advokat R. Lange, der mit den notariellen Institutionen der Adresse beauftragt war, vernommen, am zweiten Tage auch nicht mehr als drei, so daß voraussichtlich noch eine lange Zeit verfließen wird, ehe Nr. 600 an die Reihe kommt. Das corpus delicti, welches alle diese Umstände hervorgerufen hat, lautet wörtlich: „Wir unterzeichneten Mitglieder der hiesigen Gemeinde finden uns in Folge der so eben erlittenen Schrift: „Ein Weg zum Frieden“ veranlaßt, dem Herrn Verfasser der öffentlichen Anklage: „Der Dr. Baumgarten habe keinen Amtsbeauftragten, geflüstert (bewußt) gebrochen“ hiermit zu erklären, daß wir denselben bei seiner Christenpflicht für gebunden erachten, diese öffentliche Beschuldigung zurückzunehmen.“

Schleswig, 27. April. [Beamtenversetzung; dänisch-französische Bündnis.] Die bereits seit längerer Zeit von der dänischen Presse in Aussicht gestellten energischen Maßregeln zur Unterdrückung der widerständigen Bewegungen, die sich zur Zeit unter der Bevölkerung des Herzogthums funden haben, und zumal in den an die Standesversammlung gerichteten zahlreichen Petitionen einen unumwundenen und in solcher Art einheitlichkeit in der That unerwarteten Ausdruck gefunden, scheinen nunmehr zur Ausführung gebracht werden zu sollen. Mit einer Reihe zum Theil unfreiwilliger Versetzungen im Etat des Beamtenstandes, verbunden mit einer entsprechenden Ausscheidung aller, den Absichten der ultradänischen Partei nicht zufagenden Elementen, hat man einstweilen den Anfang gemacht. In Schleswig tritt der bekannte Polizeimeister Jürgen, dem sein Verfahren wider den unglücklichen Göte bereits den Danebrogordern eingetragen, als Bürgermeister an des Justizrats Leisner Stelle. Letzterer, welcher beschuldigt wird, den Polizeimeister in der Untersuchungsfahrt wider den Dr. Heiberg und wider die Unterzeichner der dänischen Adresse nicht energisch genug unterstützt zu haben, wird als Bürgermeister und Stadtkreisrat nach Eckernförde kommen, wo der erst kürzlich ernannte Bürgermeister Lorenzen, ingleichen der Stadtsekretär Langheim, einer der wenigen zur Zeit noch übrigen vorjährigen Beamten, denselben haben Platz machen müssen. Letzteren, der sich in der Untersuchung wegen der Eckernförder Adresse verschieden Schwächen zu Schulden kommen lassen, und in Folge dessen unmöglich geworden, wird als Hardevoigt der Satrup und Moorkirch Harde, die durch Leisner's Versezung vacante geworden, eine anderweitige Stellung erhalten, während Langheim, der sich in Gnaden verabschiedet worden ist. Zum Oberbeamten für die Amtsgerichte Tondern und Lygumkloster, an Stelle des als Kurator der Universität nach Kiel versetzten Grafen Reventlow ist der Graf Schack in Eckernförde ernannt worden, der sich zu seiner Zeit, als Hardevoigt in Nieharde in Angeln, dadurch bekannt gemacht, daß er verschiedene Landleute wegen Singens deutscher Lieder mit Stockprügeln bestrafen lassen. — Das Thema des Tages ist hier natürlich das dänisch-französische Bündnis, welches den ungetheilten Beifall der national-dänischen Blätter findet, und nicht selten zu den drohligsten Ausschätzungen Veranlassung giebt. Wenn Dänemark und Frankreich zusammengehen, heißt es, sei Preußen verloren, und Deutschland mit demselben, Preußen habe sein Schicksal an Dänemark reichlich verdient, aber Deutschland bedauerte man. Dieser blökende wollen im Schoße der Zukunft gleichwohl eine Gefahr erkennen, welche das französische Bündnis durch die eventuelle Gegnerschaft Englands zur See für Dänemark herbeiführen könnte, da letzteres natürlich die Last des Seekrieges vorzugeben weiß allein zu tragen haben werde. Es ist dies keine Ironie, sondern wirklich die aufrichtige Meinung unserer national-dänischen Politiker. (Pr. 3.)

Grossbritannien und Irland. London, 28. April. [Der Selbstmord des Grafen v. Brück.] Der tiefe Eindruck, welchen hier die Selbststörung des Herrn v. Brück hervorgebracht hat, spiegelt sich wohl am klarsten in folgenden Betrachtungen der gefährlichen „Times“ ab: „Es giebt“, sagt die „Times“, „in Staaten böse Vorbedeutungen, die weit schrecklicher sind, als Kometen und Sonnenfinsternisse. Es giebt Zeichen der Schwäche und des bevorstehenden Einsturzes, die sogar noch schlimmer sind, als verlorene Schlachten und abgerissene Provinzen. Wie das Gewitter im Jahre 1848 sich in Frankreich entlud, hatten sich schwarze Wolken zusammengehalten, und eine unheimliche Schwüle lastete seit Monaten auf dem Lande. Man ahnte mit unbestimmtem Bangen ein bevorstehendes Unheil, und diese Ahnung hatte ihren Grund in dem Gefühl, daß die Regierung mit Blindheit geschlagen und daß die auf hohe Posten gestellten Männer von Unsitthlichkeit angestossen und in ihr verloren seien. Im dem unseligen Destreich ihm sich Zeichen von gleicher Bedeutung fand. Für denjenigen, welcher die Dinge nicht bloß oberflächlich anschaut, sind die neulichen kolossalen Beträgen niederschlagender, als der Verlust von Mailland oder der drohende Aufstand in Ungarn. Nicht nur werden die Rechte des Staates wahrscheinlich durch die Volksleidenschaft abgerissen werden, sondern auch der Stamm wird an einem schlechenden Niveau dahinsiechen, so daß am Ende nichts Anderes übrig bleibt, als ein dürrer, saftloser Stumpf. Ein Telegramm, welches wir heute verlesen, giebt der düsteren Geschichte eine noch schwärzere Farbe. Wir erfahren jetzt Näheres über den tragischen Tod des Herrn v. Brück. Dieser Staatsmann, welcher mit Recht als einer der eingebürgerten in Destreich betrachtet und als der einzige Minister angesprochen wurde, der im Stande sei, den Finanzen Destreichs aufzubauen, ist von seinem Leben ein Ende gemacht. Man wird sich erinnern, daß vor einigen Tagen der Rücktritt des Herrn v. Brück gemeldet wurde, und daß gleich darauf die Kunde von seinem Tode eintraf. Diese geheimnisvolle Auseinandersetzung, welche folglich den peinlichsten Verdacht erregte, findet jetzt ihre volle Erklärung, und wir brauchen uns nicht mehr mit zarter Zurückhaltung über den Begegnungsort auszusprechen. Der Minister ward entlassen wegen Beleidigung an dem System der Unterschleife, welches sich von Böhmen bis nach Triest erstreckt zu haben scheint, und er hat sein Vergehen dadurch geführt, daß er sich den Hals abgeschnitten hat, nachdem er, wie man zu argwohnen scheint, vorher Gift geschluckt hatte.“

Das Schicksal dieses hervorragenden Staatsmannes ist eines jener durchbaren Ereignisse, welche der Geschichte auf lange Zeit ihren Stempel aufdrücken. Wenn der Finanzminister eines großen Reiches, der mit Vertrauen beehrte Rathgeber eines alten Thrones, der Freund der ersten Staatsmänner in Europa, der gehypte Gast von Fürsten in jeder Hauptstadt, der freisinnige Förderer des Unternehmungsgenstes und des Handels, der Vertreter der Aufklärung inmitten der Bigotterie von Edelleuten, Soldaten und Priestern, sich des ihm geschenkten Vertrauens unwürdig erweist, zum Verräther wird, sein Land plündert und nur durch Selbstmord der für solche Verbrechen sich ziemenden Vergeltung entgeht, so ist das ein Ereignis, welches man nicht so bald vergibt. Die Sache des Fortschrittes und des Liberalismus in Ostreich ist in der That durch den Untergang dieses unglücklichen Staatsmannes gefährdet. Niemand hatte mehr gethan, die Vorurtheile zu brechen, welche der Fluch des Fortschritts sind, und es wird sich schließlich zeigen, daß Niemand mehr gethan hat, diese Vorurtheile zu verstärken. Auf Eines dienten wir Engländer stolz sein. So groß auch immer die Verlockungen des Reichtums sein und so ehr die kommerziellen und spekulativen Klassen ihnen nachgeben mögen, in den höheren Schichten der englischen Beamtenwelt ist es in den letzten Jahren nie vorgekommen, daß Demand des Unterschleifes schuldig befunden worden oder auch nur verdächtig gewesen wäre." Der Selbstmörder John Sadoleit verkleidete doch einen ziemlich hohen Posten, und wenn er auch nicht gerade den Fiskus betrof, so verübt er doch andere Vertrügerien, die ganz eben so schlimm waren.

[Parlament.] In der gestrigen Unterhaus sitzung fragte Griffith, ob das Gericht wahr sei, daß der französische Minister des Auswärtigen die Vertreter der Mächte, welche die Wiener Verträge unterzeichneten, davon in Kenntniß gesetzt habe, daß, sobald die Abtretung Savoyens durch die allgemeine Zustimmung der Bewohner des Landes und die Ratifikation von Seiten der sarkistischen Kammer bestimmt worden sei, Frankreich Besitz ergreifen und nur einen Theil der Frage den bevorstehenden Konferenzen unterbreiten werde. Die Einverleibungsfrage sei jetzt auf einen Punkt angelangt, wo Unterhandlungen zwischen illusorisch würden, und die Gewalt an die Stelle des Rechtes trete. Nach dem Urteil, was den dem Publikum zugänglichen Quellen zu entnehmen ist, scheint der Kaiser der Franzosen im Begriff, von den neutralisierten Provinzen Savoyens Besitz zu ergreifen, und werde, wenn er dies vollbracht, huldigungslos nicht darauf, wie über diese Provinz verfügt werde, ankomme, der wichtigsten Konferenz zur Diskussion unterzubringen. Es scheine ihm, daß sie die Gewalt, zu welchen man in Folge der Aeußerungen des edlen Lords Russell gezwungen sei, wieder in jeder Beziehung getäuscht worden seien. Wenn Ostreich erst einmal am Genfer See sei, so würden binnen drei Monaten die französischen Kanonenboote auf seinen Flüssen schwimmen, und Genf werde von den übrigen Schweiz abgeschnitten sein. Wenn das Bündnis mit Frankreich überhaupt etwas wert sei, so müsse es ein Bündnis sein, das England in die vorliegende Einfluss verleihe. Wenn es aber nichts weiter als Unterwerfung unter Frankreich, so möge man es lieber fahren. Wenn Expeditionen, wie die zwei gemeinschaftlich mit Frankreich gegen Spanien unternommenen, vor Frankreich nur als Schule für seine Kriegslust angesehen werden und als Mittel, die Taktik der englischen Blotte kennenzulernen, so wäre es zu wünschen, daß derartige Expeditionen gar nicht stattfinden. Durch die Art und Weise, wie Ostreich dem Kurfürsten von Hessen die Verfassung seiner Staaten habe zerreißen helfen, habe es sich um die Sympathien und Wünsche des deutschen Volks gebracht, und das zu einer Zeit, wo es derselben am meisten bedurfte; während Preußen durch seinen Protest gegen diese Entscheidung und durch die mutige Erklärung, daß es an diese Entscheidung sich nicht zu halten denke, manche unangenehme Erinnerung einer früheren Regierung verwischt habe. Der Debatte des preußischen Abgeordneten legt die "Times" hohe Wichtigkeit bei. Die Stimmenmehrheit von 207 gegen 68 sei eine entscheidende, und das öffentliche Interesse außerordentlich lebhaft gewesen. Aber was uns noch mehr auffällt, fährt das englische Blatt fort, ist der Ton der Reden in der ganzen Debatte. Sie hatten nichts Abstraktes oder Pedantisches, es wurde gar kein Verbiß gemacht, die großen Interessen und Ereignisse des nationalen Lebens auf die Formeln irgendeines metaphysischen Systems zurückzuführen. Die Redner sprachen wie Männer, die es ernst mit ihrem Gegenstande meinen, in klaren, kurzen Sätzen, und sie blieben bei der Sache. Die geballten Reden waren durch die Bankvollkommen verständlich und stimmen merkwürdig überein. Preußen, darüber schien man allerdings einverstanden, hat nichts von Ostreich zu hoffen, das über und über verschuldet, nichts gelernt und nichts verloren hat und eher Pläne schmiedet. Italien den Piemonten zu entreißen, als Deutschland gegen Frankreich zu verteidigen. Preußen hat nichts zu hoffen von Rußland, das von heimischen Angelegenheiten in Anspruch genommen und in Anschlag auf den Orient verkehrt ist, nichts zu hoffen von England, das sich durch seinen Handelsvertrag bestehen will und nicht das Zeug hat, um im neunzehnten Jahrhundert die Koalitionspolitik Wilhelms III. zu erneuen, und nichts zu hoffen von den deutschen Bundesstaaten, die zu groß sind, um zu sterben, und zu klein, um fortzuleben. Nachdem die preußischen Redner sich alle diese Mächte damit einverstanden sein werden, daß auch die Schweiz an der Konferenz vertreten werde. Was Sardinien anbelangt, so sind darüber Unterhandlungen im Gange, sowie auch über die Frage, in welcher Weise Schweiz und Savoien auf der Konferenz erscheinen sollen. Die Londoner Konferenz von 1831–32 wird als Präzedenzfall angeführt. Die französische Regierung läßt, für den Fall, daß das Votum des piemontesischen Parlaments sich gegen die Ratifikation des Vertrages aussprechen sollte, würde aus europäischen Mächten sein Gegenstand zur Beratung mehr vorliegen, und da könnten deshalb nicht eher einberufen werden, als bis jenes Votum erfolgt ist. Wir haben mehr als einmal in Paris erklärt, und Lord Cowley hat es noch seiner Rückkehr erklärt, daß es höchst wünschenswert sein würde, wenn man von der Voraussetzung aus, der Turiner Vertrag habe nicht die Bedeutung, die er doch haben sollte, d. h. er übertrage nicht die ganze Souveränität über Savoien von dem Könige von Sardinien, seinem vorigen oder gegenwärtigen Sohn, auf den Kaiser der Franzosen. Dagegen, erklärt sie, werde keine Übereinkunft in der Beifügung jenes Gebietes stattfinden, aber irgend eine Übereinkunft müsse dort sein, und das Land wäre während der Konferenz nicht ohne Dringlichkeit bleiben. Die betreffenden Unterhandlungen zwischen den beiden Regierungen sind noch nicht beendigt. Ich muß gestehen, es scheint mir noch immer, daß es befriedigender sein würde, wenn irgend ein Abkommen getroffen sei, das über die Erschließung jenes Gebietes hinausgeht, und zwar während der Dauer der Konferenz nicht im Bezug auf den französischen Behörden sein würde, (Hört, hört!) weil es, da aus der Komplikation von Dokumenten jeden Tag Fragen entstehen, bei welchen es um verpunkteten Stolz oder verletzte Ehre handelt, wünschenswert ist, daß man von den französischen Behörden nicht begehrte, sie sollten irgend einen Theil des Gebietes, in dessen Besitz sie bereits sind, räumen. Ich glaube, daß die französische Regierung die Sache eben so aufzählt wie wir. Was die anderen Mächte angeht, so kann ich nur sagen, daß dieser Punkt bis jetzt nicht entschieden ist.

[Die Engländer im Orient.] Die ägyptischen Behörden haben sich neuerdings nicht entblödet, eine Anzahl Engländer aus der sogenannten Alabaster-Moschee in Kairo hinauszuwerfen und dieses Gotteshaus den Europäern in Zukunft zu verstellen. Der Anlaß war folgender: Die besagte Moschee wird besonders heilig gehalten und in ihr befindet sich die Grabsstätte des Paschas Mehemed Ali. Während des Ramazan nun und am Ende des Stifters erschien der gegenwärtige Bizekönig von Ägypten, Said Paşa, mit großem Pomp in der Moschee. Die ägyptische Freiheit hatte eine große Menschenmenge, darunter auch eine Anzahl Engländer, wie es scheint, junge, auf dem Wege nach

Indien befindliche Offiziere, in das Gebäude hineingelockt. Die Engländer befanden sich, wie die "Times" euphemistisch sagt, in dem Zustand, in welchem man sich vor 50 Jahren in England nach dem Mittagessen zu befinden pflegte, d. h. sie waren betrunknen. In diesem Zustande belustigten sie sich damit, den Gottesdienst zu stören, indem sie die Diener der Religion und die Beladen in ihren Bewegungen und im Ton der Stimme nachäfften, über den glatten Fußboden dahinglitten, brüllten und heulten u. s. w. Diese Aeußerungen fröhlicher Jugendlust scheinen den "Fanatismus" der Mohomedaner erweckt zu haben; denn die zivilisierten Fremdlinge wurden höchst bedeutet, sich ein wenig anders zu benehmen. Eine solche Beeinträchtigung ihres unschuldigen Vergnügens durften sie sich natürlich nicht gefallen lassen und fuhren daher fort, wie sie begonnen hatten. Das Ende vom Biede war, daß sie zur Moschee hinausgeschickt wurden. Die "Times" mahnt zu größerer Strenge in Bezug auf derartige übermüthige Karfreitagsstreiche. (Und geniß mit vollstem Rechte in jedem derartigen Falle, namentlich aber wenn es sich wirklich hier um Offiziere handelt. Majestät handeln sollte, die gewiß zweifach die Verpflichtung haben, sich überall anständig zu betragen. D. Red.) Die Interessen, welche für England im Orient auf dem Spiele ständen, seien zu groß, als daß man leicht über solche Dinge hinweggehen dürfte. Zu dem ersten practical joker, der bei einem sahleichen handgreiflichen Späß ergriffen werde, müsse England sagen, wie Othello zu Cassio: "Cassio ich liebe dich, allein mein Lieutenant bist du länger nicht."

[Die Verhandlungen des preußischen Abgeordneten über die kurbessische Verfassung.] werden von der "Times" in einem Leitartikel besprochen, in welchem dieselbe sich unter Anderm folgendermaßen äußert:

"Es gibt wenige Mittheilungen in unserm Blatte, die das große Publikum mit weniger Vergnügen oder eigentlich mit mehr Ungehalt aufnimmt, als die Correspondenzen über die innere Politik des deutschen Bundes. Erstens ist das Thun und Wirken dieses so oft verblichenen und immer wieder austreibenden mittelalterlichen Körpers an und für sich schwer zu verstehen; und dann ist die Art und Weise, wie die Interessen einer großen Nation der kleinen Selbstsucht nebenbuhlerischer Staaten zu Liebe verzeitelt werden, ein Schauspiel, in welchem etwas unsäglich Empörendes für Jeden liegt, der nicht gern bei den Schwächen und Thorheiten der Menschen verweilen mag." So lange der Dualismus Preußens und Ostreichs währe, meint die "Times" dann, müßten die Angelegenheiten des Bundes täglich schlimmer und schlimmer werden. Es scheine aber keine Aussicht vorhanden, daß eine dieser Großmächte die andere vernichse werde. Es bleibe daher nur zwei mögliche Lösungen dieses unglückseligen Zustandes übrig. Entweder Ostreich und Preußen gelangen zu einer Vereinigung, die zu geeignetem Handeln führe, oder Preußen werde endlich seinen Abstand von Ostreich schärfster hervorheben, und der Bund werde sich endgültig auf die eine oder die andere Seite stellen. Das erste Ergebnis habe leider keine Wahrscheinlichkeit für sich. Ostreich habe sich den Auf der Standhaftigkeit in Ungück errungen, aber nie habe man ihm nachraben können, daß es die Lehen des Mitgliedstaats zu benutzen wisse. Sein Einfluß sei durch seine Niederlagen geschmälert, seine Macht durch finanzielle Schwierigkeiten gelähmt. Preußen andererseits entwickele täglich mehr liberale Tendenzen, und seine Fortschritte in der Achtung und Werthbildung der Nationen seien schon jetzt nicht unbedeutend. Durch die Art und Weise, wie Ostreich dem Kurfürsten von Hessen die Verfassung seiner Staaten habe zerreißen helfen, habe es sich um die Sympathien und Wünsche des deutschen Volks gebracht, und das zu einer Zeit, wo es derselben am meisten bedurfte; während Preußen durch seinen Protest gegen diese Entscheidung und durch die mutige Erklärung, daß es an diese Entscheidung sich nicht zu halten denke, manche unangenehme Erinnerung einer früheren Regierung verwischt habe. Der Debatte des preußischen Abgeordneten legt die "Times" hohe Wichtigkeit bei. Die Stimmenmehrheit von 207 gegen 68 sei eine entscheidende, und das öffentliche Interesse außerordentlich lebhaft gewesen. Aber was uns noch mehr auffällt, fährt das englische Blatt fort, ist der Ton der Reden in der ganzen Debatte. Sie hatten nichts Abstraktes oder Pedantisches, es wurde gar kein Verbiß gemacht, die großen Interessen und Ereignisse des nationalen Lebens auf die Formeln irgendeines metaphysischen Systems zurückzuführen. Die Redner sprachen wie Männer, die es ernst mit ihrem Gegenstande meinen, in klaren, kurzen Sätzen, und sie blieben bei der Sache. Die geballten Reden waren durch die Bankvollkommen verständlich und stimmen merkwürdig überein. Preußen, darüber schien man allerdings einverstanden, hat nichts von Ostreich zu hoffen, das über und über verschuldet, nichts gelernt und nichts verloren hat und eher Pläne schmiedet. Italien den Piemonten zu entziehen, als Deutschland gegen Frankreich zu verteidigen. Preußen hat nichts zu hoffen von Rußland, das von heimischen Angelegenheiten in Anspruch genommen und in Anschlag auf den Orient verkehrt ist, nichts zu hoffen von England, das sich durch seinen Handelsvertrag bestehen will und nicht das Zeug hat, um im neunzehnten Jahrhundert die Koalitionspolitik Wilhelms III. zu erneuen, und nichts zu hoffen von den deutschen Bundesstaaten, die zu groß sind, um zu sterben, und zu klein, um fortzuleben. Nachdem die preußischen Redner sich alle diese Mächte damit einverstanden sein werden, daß auch die Schweiz an der Konferenz vertreten werde. Was Sardinien anbelangt, so sind darüber Unterhandlungen im Gange, sowie auch über die Frage, in welcher Weise Schweiz und Savoien auf der Konferenz erscheinen sollen. Die Londoner Konferenz von 1831–32 wird als Präzedenzfall angeführt. Die französische Regierung erklärt, sie halte eine Konferenz vor dem vollständigen Abschluß des Vertrages nicht für statthaft. Der Turiner Vertrag ist nicht über vollständig abgeschlossen, als bis die Turiner Kammer ihn genehmigt haben. Die französische Regierung läßt, für den Fall, daß das Votum des piemontesischen Parlaments sich gegen die Ratifikation des Vertrages aussprechen sollte, würde aus europäischen Mächten sein Gegenstand zur Beratung mehr vorliegen, und da könnten deshalb nicht eher einberufen werden, als bis jenes Votum erfolgt ist. Wir haben mehr als einmal in Paris erklärt, und Lord Cowley hat es noch seiner Rückkehr erklärt, daß es höchst wünschenswert sein würde, wenn man von der Voraussetzung aus, der Turiner Vertrag habe nicht die Bedeutung, die er doch haben sollte, d. h. er übertrage nicht die ganze Souveränität über Savoien von dem Könige von Sardinien, seinem vorigen oder gegenwärtigen Sohn, auf den Kaiser der Franzosen. Dagegen, erklärt sie, werde keine Übereinkunft in der Beifügung jenes Gebietes stattfinden, aber irgend eine Übereinkunft müsse dort sein, und das Land wäre während der Konferenz nicht ohne Dringlichkeit bleiben. Die betreffenden Unterhandlungen zwischen den beiden Regierungen sind noch nicht beendigt. Ich muß gestehen, es scheint mir noch immer, daß es befriedigender sein würde, wenn irgend ein Abkommen getroffen sei, das über die Erschließung jenes Gebietes hinausgeht, und zwar während der Dauer der Konferenz nicht im Bezug auf den französischen Behörden sein würde, (Hört, hört!) weil es, da aus der Komplikation von Dokumenten jeden Tag Fragen entstehen, bei welchen es um verpunkteten Stolz oder verletzte Ehre handelt, wünschenswert ist, daß man von den französischen Behörden nicht begehrte, sie sollten irgend einen Theil des Gebietes, in dessen Besitz sie bereits sind, räumen. Ich glaube, daß die französische Regierung die Sache eben so aufzählt wie wir. Was die anderen Mächte angeht, so kann ich nur sagen, daß dieser Punkt bis jetzt nicht entschieden ist.

[Telegraphische Verbindung mit Amerika.] Nachdem der erste Versuch, Amerika und Europa telegraphisch zu verbinden, gescheitert ist, will man in Kanada einen zweiten dieser Art wagen, und zwar kommt man dort auf den ursprünglichen Gedanken zurück, das Kabel zwischen Grönland, Irland und die Färöer Inseln zu legen, wodurch mehrere Haltpunkte gewonnen würden. Dieser zweit von Herrn Young angegebene Plan war durch den des Amerikaners Field verdrängt worden, der ein direkt von Irland nach Amerika zu legendes Kabel befürwortet und in Amerika schon deshalb mehr Unterstützung gefunden hatte, weil jene Route keine rein amerikanische, sondern eine kanadische war. Es fragt sich nur noch, ob sich für den neuen Plan die nötigen Kapitalien werden aufstreben lassen. Die New Yorker Kapitalisten werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach fern halten, in England herrscht gerade jetzt große Scheu vor Kapitalsanlagen in unterseeischen Kabeln, und Kanada allein wird das Geld schwerlich liefern. London, 30. April. [Teleg.] Die heutige "Morning Post" enthält eine Depesche aus Paris mit der Meldung, daß Garibaldi mit seinem Stabe nach Sizilien abgereist sei. — Der heutige "Morning Herald" spricht sich in einem Artikel gegen die Teilnahme Englands an den Konferenzen aus.

Frankreich.

Paris, 28. April. [Tagesbericht.] Auf den Vorschlag des Herrn Segur d'Aguessa hat der Senat beschlossen, daß der Bericht über seine Sitzungen veröffentlicht werden solle, so oft die hohe Versammlung es für nothwendig erachten wird. Dieser Beschluss ist nicht ohne Bedeutung. Die Redner sollen in diesem Berichte in der ersten Person sprechen und nicht, wie in den Auszügen des "Moniteur", in der dritten. — General Greny, welcher in die Dienste der päpstlichen Regierung tritt, ist lange Zeit Generalstabschef in Algier gewesen; er gilt für einen Mann von großen Fähigkeiten und ist ein vertrauter Freund von General Martimprey. Der Sohn von General Greny, welcher auch Generalstabsoffizier, wurde von dem jetztgenannten General zu dessen Adjutanten ernannt.

— Mehrere Studirende der Medizin sind als Militärchirurgen in die päpstliche Armee getreten. — Der Sohn Ortega's, welcher mit Auszeichnung in der spanischen Armee in Marokko dient hat und während des Feldzuges einmal die Ehre hatte, im Tagesbefehl genannt zu werden, landete der König seine Entlassung zu um unter Lamoriciere im Kirchenstaate zu dienen. — Es heißt, der Papst habe die Erlaubnis zur Veröffentlichung eines Journals in französischer Sprache ertheilt, das demnächst in Rom erscheinen soll. Auch hier ist heute Abends ein neues Blatt erschienen unter dem Titel "La Nouvelle", das unter der Leitung von Amedee Cesena steht. Die Journalverkäufer in Paris werden die Erlaubnis bekommen, auch die englischen Blätter in den Straßen verkaufen zu dürfen. — Fürst Polignac soll zum Ordonnanzoffizier des Kaisers ernannt werden; seine Heirath findet im Monat Mai oder Juni statt. — "Sicile" enthält einen Artikel über die Todesstrafe bei politischen Verbrechen und fleht um Gnade für Montemolin und Geissessen. — Die Akademie der Inschriften hat gestern Ferdinand de Lestevie an Monnerques Stelle zum Mitgliede ernannt. — Eine Nachzügeradresse steht heute noch im "Moniteur" zu lesen, unterzeichnet von dem Obern und den Professoren des kleinen Seminars von Nizza. — Prinz Peter von Oldenburg ist hier angekommen. — Herr F-p, ein Bildhauer, von dem die Blätter jüngst gesprochen, hat, wie man sagt, mit 2–3 Millionen Franks das Weite gesucht. — Sicherer Vernehmen nach wird Rothschild jetzt auch ein Bankhaus in Petersburg gründen.

[Projektirte Expedition nach Sizilien; Rüstungen in Piemont und Rom; Adresse des Clerus an den Papst; Bouillot.] Wie man hier wissen will, wäre im Hafen von Genua eine heimliche Expedition vorbereitet gewesen, deren Kommando General Garibaldi übernehmen sollte und die auf in Genua gemieteten Schiffen nach den Küsten Siziliens hätte geführt werden sollen. In dem Augenblick aber, wo sich das Aller mit wenig Geräusch vorbereitete, traf Cavour, der Florenz verlassen hatte, plötzlich in Genua ein und der Plan scheiterte. Es sieht nicht zu zweifeln, daß die piemontesische Regierung Maahregeln treffen wird, um eine strenge Neutralität in den Angelegenheiten Siziliens oder Neapels zu erhalten. Piemont hat gegenwärtig nur ein einziges Interesse im Auge: die Organisation seines neuen Staates und besonders seiner Armee. Zu diesem Zwecke faust es von allen Seiten Waffen, Munitionen, Pferde, Equipirungsgegenstände und Kriegsmaterial. Nicht in der Absicht des Kriegs macht es diese Vorbereitungen, sondern um den Staat auf den Fuß einer imposanten Vertheidigung zu bringen und bereit zu sein, allen Eventualitäten der Zukunft zu begegnen. Dasselbe geschieht übrigens in Rom, wo General Lamoriciere eine Armee organisiert, die mehr als hinreichend werden soll, um den heiligen Stuhl zu verteidigen. Rom wird in diesem Augenblick eine Art von katholischem Koblenz, wohin sich die Emigranten aller Länder: Deutsche, Belgier, Franzosen, Irlander, Spanier, begeben. Und sollte man nach den Worten des Mgr. d. Merode und des Generals Lamoriciere urtheilen, so würde man glauben, daß es sich um einen Kreuzzug handle, nicht allein gegen die italienische Revolution, sondern gegen die allgemeine Revolution, d. h. gegen die Ideen und die Thatsachen, die seit einem halben Jahrhundert Europa umgewandelt haben. Während man sich jedoch in Rom bereitet, die Revolution zu bekämpfen, geht bei dem italienischen Clerus und besonders in der Lombardet eine Bewegung in entgegengesetztem Sinne vor sich. Der lombardische Clerus, dem der piemontesische folgen wird, unterzeichnet eine Adresse an den Papst, um ihn zu bitten, die italienische Sache zu ergreifen, und sich der piemontesischen Politik anzuschließen. Es ist dies eine ganz neue Erscheinung, die nicht verfehlten kann, auf die kommenden Ereignisse einzutragen. — Bouillot ist vor einigen Tagen nach dem Ministerium des Innern beschieden worden, wo man ihm die freundliche Mithilfe gemacht hat, daß es ihm verboten sei, in irgend einem französischen Journal zu schreiben, und jedes Journal, welches etwas von ihm aufnehmen würde, unterdrückt werden würde. Sollte er übrigens sich nach dem Auslande begeben, um dort den "Univers" fortzuführen, oder sonst mit der Feder thätig zu sein, so würde ihm die Rückkehr nach Frankreich nicht erlaubt sein. Der ganze Bouillot ist also von Hrn. Villault, dem "Vater der Presse", konfisziert worden. (B. 3)

[Der Constitutionnel über die deutsche Bewegung.] Veranlaßt durch die preußische Kammerverhandlung über die kurbessische Angelegenheit, kommt heute Ernest Dreolle im "Constitutionnel" auf die deutsche Bewegung zu sprechen. Erstwährend, sagt er, stehen Preußen und Ostreich auf dem Kampfplatz; die Würzburger haben sich wieder zurückgezogen. Preußen will immer absorbieren, Ostreich immer wieder erobern; in Berlin drängt man vorwärts, in Wien stemmt man sich dagegen. Die Situation zieht sich immer klarer; aber je länger die Krise dauert, um so schwerer wird sie und steigt schließlich als Gewitter am politischen Horizont Europas auf. Wenn die Männer, welche die Bewegung in der Hand haben, sich dazu verstehen, sie zu leiten, unbewirkt durch jenes feindelige Geschrei, dessen Echo man an den Ufern des französischen (?) Meeres zu wecken sucht, so wird die Bewegung in der That eine wahrhaft nationale sein; denn sie wird ihren Grund lediglich in dem gerechten Ehrzeuge eines Volkes haben, welches durch die Einigung seiner politischen Kräfte erstarren will. Strebt man aber nach deutscher Einheit mit jenen Schreckmitteln, die man von Zeit zu Zeit unter das deutsche Volk zu schleudern versucht, so wird die Bewegung nur episodisch und die Erfolge der Anstrengung ihrer Leiter, die man in Deutschland wohl kennt, eben so chimärisch sein wie die Furcht davor, daß Frankreich unaufhörlich die Ruhe des deutschen Vaterlandes bedrohe. (2)

[Eine neue Broschüre About's.] Das "Pays" enthält folgende Mittheilung: Nach einigen ähnlichen Arbeiten von verschiedenen bekannten und unbekannten Federn ist eine Broschüre des Herrn Edmond About bei einem Theile des Publikums Gegenstand politischer Befürchtung geworden. Diese Befürchtungen entbehren ernster Grundlagen. Gerade der Charakter der Broschüre des Herrn About, die gewohnte Geistesrichtung ihres Verfassers gestatten nicht, einem Werk die mindeste Wichtigkeit beizulegen, das man fast nur als eine frivole Spielerei ansehen kann. Es ist zu bedauern, daß ein Effektittel genügt, um in die öffentliche Meinung Illusionen oder gar Furcht zu werfen. Ernsthafe Männer müssen begreifen, daß die Gedanken der Regierung sich in der Regel anderer Formen bedienen. So muß man die Broschüre des Herrn About nur als ein Phantasiegebild betrachten, welches so,

wie es vorliegt, nur ihm allein angehört. Nöthigenfalls könnten wir uns zu dieser Erklärung autoristren lassen." (Die Broschüre ist allerdings, vielleicht absichtlich, in eine abgeschmackte Form verhüllt. Was aber derartige Desaveau's in französischen halbamtlichen Blättern bedeuten, das hat man doch wohl zur Genüge erfahren. D. Ned.)

Niederlande.

Amsterdam, 28. April. [Jüdische Staatsbeamte.]
Am 25. d. fand in einer öffentlichen Sitzung des Provinzialgerichtshofes von Nordholland die Einführung des bisherigen Advokaten C. D. Affer in sein Amt als Rath dieses hohen Gerichtshofes statt. Der Präsident desselben, van Maanen, sprach in seiner Rede zunächst dankbare Anerkennung der Verdienste des Herrn M. Godefroi aus, der vor Kurzem, zum Justizminister ernannt, aus dem Kollegium geschieden war, und begrüßte dann Herrn Affer, der an dessen Stelle berufen worden. Letzterer wandte sich in seiner Antwortrede mit herzlichen Abschiedsworten an die Mitglieder des Barreaus, worauf der Vorstand desselben ihn zu seiner Ernennung beglückwünschte. Sowohl Herr Godefroi als Herr Affer sind jüdischen Glaubens.

Italien.

Turin, 26. April. [Gerüchte und Berichtigungen.] Man hatte hier verbreitet, Cavour wolle das Zusammentreten des neuen Parlamentes auf unbestimmte Zeit vertagen. Dieses Gerücht entbehrt ebenso jeder Begründung, wie das andere, von der "Armonia" in Circulation gesetzte: Cavour sei bloß so früh hierher gekommen, weil er den Grafen Arese nach Paris schickte, um beim Kaiser die Erlaubnis für den König zu erwirken, sich nach Bologna zu begeben. Nun hat der Aufschub der Reise des Königs keinen andern Grund, als den, daß Victor Emanuel sich so wohl in Toscana gefiel, daß er beschloß, sich um eine Woche länger daselbst aufzuhalten, und er wird erst Montag in Bologna erwartet. Graf Arese ist übrigens gar nicht hier, sondern mit dem König in Toscana. Da ich gerade im Zuge der Berichtigung bin, will ich auch noch die Behauptung der legitimistischen Blätter Lügen strafen, welcher zufolge mehrere sardinische Offiziere ihre Entlassung eingereicht hätten, weil sie ihr Gewissen wegen der Annexion der Romagna nicht beruhigen könnten. Nun haben allerdings zwei Offiziere ihre Entlassung eingereicht. Der Sohn des berühmten Cesare Balbo ist lange vor der Vollziehung der Annexion aus der Armee geschieden, und zwar in Folge einer Blasenkrankheit; der andere, Herr v. Forraz, ein Ordonnanzoffizier des Königs, hat allerdings die Annexion als Vorwand vorgesobben; wir wissen aber, daß der edle Savoyarde, nur vom Wunsche beseelt, in französische Dienste zu treten, so gehandelt hat.

Florenz, 22. April. [Festlichkeiten; Ordensverleihungen; Sammlungen für Sicilien; Hr. v. Reumont.] In den letzten Tagen hat sich anhaltendes Regenwetter eingestellt, so daß viele der Festlichkeiten unter freiem Himmel unterbleiben oder doch aufgehoben werden mußten. So hat gestern das weltberühmte Nachtfest in Pisa: La Lunaria nicht statthaben können. Die Regattenspiele und Wasserlämpfe auf dem Arno haben jedoch dem Auge eine so belebte Scene geboten, daß man an die glorreichen Zeiten des Pisaner Hafens erinnert wurde. Die Eberjagd auf der Domaine S. Rossore bei Pisa ist durch das böse Wetter aus dem Festprogramm gestrichen worden. Gestern Abends gab der König in den unteren Räumen des Residenzschlosses einen Ball, zu dem man über 4000 Einladungen erlassen hatte. Um den Zutritt der Florentiner Bürgerfamilien zu ermöglichen, hatte man die steife Turiner Hofetiquette, welche nach spanischem Zuschnitt ist, bei Seite gelassen. Der König wohnte dem Feste von 9 Uhr bis Mitternacht bei. Diesen Morgen hat König Victor Emanuel den Grundstein zur Fazade des Domes gelegt. Dem Meisterstücke Brunelleschi's und einem der schönsten Tempel der Christenheit ist somit die Vollendung gesichert. Zu Anfang des verflossenen Jahres hatte sich unter den Auspizien des Erzherzogs Ferdinand ein Dombauverein gebildet, und die Zeichnungen weniger Tage reichten hin, die Baukosten mehrerer Jahre zu decken. Ein hier ansässi-

ten ihn, die Dauerten mehrere Tage zu dauern. Ein großer ansehnlicher Engländer, Mr. Sloane, zeichnete für seine Person allein über 20,000 Thlr. Der 27. April kam, und der Verein löste sich auf; der Prinz von Carignan steht an der Spitze des neuen Vorstandes. Diesen Nachmittag giebt die Stadt dem Könige im althistorischen Saale der Fünfhundert, Palazzo della Signoria, ein Konzert. Abends findet Corso statt bei Fackellicht. Dieses Fest heißt das Fest der Lichtstümpfchen, Moccoletti. — Der König hat hier einige achtzig Orden ausgeheiligt und den tragischen Dichter G. B. Niccolini und den Marquis Gino Capponi mit dem Großkreuz des Civilordens von Savoyen bedacht. So wie die Ankunft des Statthalters eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen zur Folge hatte, so hat man die Ankunft des Königs durch Abschaffung des verhafteten Verdächtiggesetzes und durch Begnadigung vie-

ung des verhängten Strafes, und ist daher für kleine Vergehen Verurtheilten gefeiert. — Dieser Tage hat sich hier ein Verein gebildet zur Sammlung von Beiträgen für die Sicilianer. General Ulloa, Deputirter Malenchini und andere Ultra-Liberalen stehen an der Spize. Man spricht auch von Anwerbung eines Freischarenkorps. — Der preußische Ministerresident, Legationsrath v. Neumont, hat heute Florenz verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Die Vertretung der diesseitigen preußischen Unterthanen wird durch den Gesandten in Turin wahrgenommen. (K. 3.)

Rom, 21. April. [Abreise der Fremden; politischer Umschlag; Lamoricière; der Aufstand in Sicilien.] Die Fremden, welche die Österreicher herzog, verlassen uns in starlen Abtheilungen. Man bemerkt allgemein, daß die meisten solcher flüchtig Reisenden zu dergleichen Festlichkeiten immermehr nur kommen, um sich an der Romantik, überhaupt an der Poesie des bei solchen Gelegenheiten sehr zeremoniellreichen katholischen Cultus zu ergözen. Viele sind nun über die Richtung, die sie nehmen sollen, in nicht kleiner Verlegenheit, denn kein einziger Winde Italiens bietet während der Sommeraison sichere Aussicht auf Ruhe. Aber auch von Einheimischen bereitet sich mancher Einzelne, wie manche Familie für gewisse Fälle, die wahrscheinlicher werden, zum Gehen vor, denn es ist eine schreckhafte Reaktion in Anzug. Die Partei der Regierung, noch vor wenigen Wochen eingeschüchtert und ohne das mindeste Vertrauen zu ihrer Sache, tritt täglich furchtloser und drohender auf, während die fecke, sonst stets schlagfertige französisch-piemontesische sich weiter zurückzieht. Ich will keine Vermuthungen über die Gründe ausgären, sondern nur die Thatache andeuten, daß sich

ein politischer Umschlag immer entschiedener vorbereitet. Ob er, ob mit ihm die Reaktion zu Stande kommt, das hängt freilich von ernsteren Eventualitäten ab, sollte es indessen dazu kommen, so wird sie bei der Gereiztheit des Clerus und seiner Anhänger maßlos sein. Die Ausweitung des Fürsten Gabrielli, Don Ippolito Ruspoli's wie des Baron Savotti unterblieb auf erfolgte Verwendung des französischen Gesandten, doch unter der Bedingung, auch den mindesten Verdacht demokratischer Sympathien zu meiden. Die Regierung hat nun die eine große Sorge, über den Abzug der Franzosen ruhig hinweg zu kommen, denn es sind alle Anzeichen da, daß er in einiger Zeit erfolgt. Sie hat für den Fall nicht weniger als zwölftausend Namen zu Papier gebracht und die Pässe ausfertigen lassen, sie ihnen bei der geringsten Bewegung sofort zuzuschicken. — General Lamoricière übernimmt im Widerspruch mit seiner früheren politischen Überzeugung das Wächteramt über die neue illiberale Ordnung der Dinge, die da kommen soll. Indessen kann er sich doch nicht so leicht mit Allem befrieden. Einem Stabsoffizier vom Fremdenregiment sagte er gestern offen, die ganze Verwaltung des päpstl. Militärwesens rieche ihm stark nach Weihwasser. (!?) Beim Exerziren der Guardia Palatina befahl er dem Tambour die Reveille zu schlagen: der Mann, ein Schneider, setzte dreimal an, verwirrte sich aber immer. Da wurde der General kraus und machte sich eilig davon. — Beim Straßenkampfe in Palermo war Privatbriefen nach die Zahl der Todten bedeutender, als bekannt geworden ist. Man spricht von mehr als 100 auf Seite der Insurgenten, die späteren Füssirungen ungerechnet. Der Belagerungszustand scheint über die ganze Insel ausgedehnt werden zu sollen. Hier wurde mehreren Reisenden, auch einer mit bekannten Malerfamilie von der neapolitanischen Gesandtschaft das Paspothum nach Sicilien verweigert. (V. 3.)

Rom, 24. April. [Ausweisung; Disziplinarstrafen.] Der Korrespondent des „Journal des Débats“, der auf päpstlichen Befehl aus Rom ausgewiesen worden ist, hat eine zwanzigjährige Verlängerung seines Aufenthaltes erlangt. — Der französische Kriegsminister hat dem Vernehmen nach Disziplinarstrafen gegen die zwei französischen Offiziere verhängt, die in Civilliedung bei der Kundgebung des 19. März befunden wurden.

Neapel, 24. April. [Der Aufstand auf Sizilien] ist niedergeworfen; nur noch im Innern der Insel ziehen Guerilleros umher und suchen sich wieder zu verstärken. Nach neapolitanischen Berichten vom 24., die am 27. April in Genua eingetroffen und folglich nicht der Parteilichkeit für die Regierung verdächtig sind, befinden sich die sämtlichen Städte der Insel in den Händen der Truppen, die zu wiederholten Malen zwar, doch jedes Mal erfolglos, von den in den Bergen bei Palermo und Messina verschwanzten Insurgenten angegriffen wurden. Am 18. April erfolgte der Angriff der Truppen auf die Insurgenten in Cefalù. Der

der Angriff der Truppen auf die Insurgenten in Carini. Der Kampf dauerte vier volle Tage, also bis zum 21. einschließlich. Erst als die Truppen Verstärkungen an sich gezogen, wurden die Aufständischen unter Zurücklassung von 250 Todten zum Rückzuge auf Partenico gezwungen. Letzteres liegt auf der großen Straße, welche sich von Palermo und Monreale nach Marsala durch die Westhälfte der Insel zieht. Die Truppen hatten 300 Tode. Auf beiden Seiten hatte man eine bedeutende Anzahl von Verwundeten. Nachdem Carini von den Insurgenten geräumt worden, wurde die unglückliche Stadt von den königlichen Truppen geplündert und in Brand gesteckt. Denselben Berichten zufolge sind in Palermo neuerdings wieder Erschießungen erfolgt. Briefe, welche aus Palermo am 21. in Rom eingetroffen sind, melden als Veranlassung zu dem furchtbaren Trauerspiel in Carini, daß nach erfolgter Hinrichtung von 13 Insurgenten in Palermo die Aufständischen in Carini eine Streifkolonne von 26 Mann königlicher Truppen überstießen und dieselben als Repressalie sämtlich aufknüpften. Neapolitanische Briefe, welche am 28. April im Marseille eingetroffen sind, reden von einer gewissen Aufregung, die im Königreiche beider Sicilien herrsche, bezeichnen jedoch frühere Schilderungen über die dortige Stimmung als übertrieben, so wie die Abberufung des Armeekorps aus den Abruzzen und den Aufstand in Calabrien als unbegründet.

— [Truppenbewegung in Neapel.] Bekanntlich ist die neapolitanische Armee sehr gesegnet an Generälen; daneben besteht solcher Mangel an Feldherrtalenten, daß der alte und als verbraucht bei Seite geschobene Filangieri jetzt wieder die Seele der ganzen Truppenbewegungen ist. Wenn es Mazzini's Plan wirklich ist, den unschlüssigen Bewohnern der Tierra Firma dadurch Mut zur Erhebung zu machen, daß er die Regierung nöthigt, das Festland zu entblößen, um den Kampf auf der Insel bestehen zu können, so scheint ihm dieses gelingen zu wollen. Wenigstens bestätigt es sich, daß die Observations-Armee an der nördlichen Grenze hat abberufen werden müssen und in der Tierra di Lavoro Stellungen eingenommen hat, in welchen sie Neapel und Caserta näher ist, um zur Deckung des Hofs bereit zu sein.

Spanien.

Madrid, 26. April. [Der Friedensvertrag.] Die Schlussverhandlungen, die zwischen dem Marschall Odonnell und dem marokkanischen Bevollmächtigten, Sidi Abbas, gepflogen wurden, sind in der Sitzung, welche am Mittwoch (25. April) in Tetuan stattfand, zu dem Ergebnisse gediehen, daß Marokko schon im Verlaufe eines Jahres nach Abschluß des Friedens den vollen Betrag der Kriegsentschädigung zu zahlen sich verpflichtet, um möglichst schnell wieder in Besitz des Pfandes, der Stadt Tetuan, zu gelangen. Odonnell wollte am 27. seine Rückreise nach Madrid antreten, wo seine Anwesenheit dringend erheischt wird.

Portugal.

Lissabon, 27. April. [Zum Ministerium.] Der Finanzminister ist an der Stelle des verstorbenen Herzogs von Terceira mit der provisorischen Präsidenschaft des Ministerrathes bestaут worden.

Türrk e i.
Konstantinopel, 16. April. [Die türkische Marine.]
Der Kriegshafen hinter der alten Brücke hat in den letzten Tagen ein sehr imposantes Aussehen gewonnen. Alle Schiffe sind vollständig aufgetakelt und zum Auslaufen bereit; auch die Flottille für das Schwarze Meer ist hervorgezogen worden und bildet nun ein zweites Tressen hinter den mächtigen Einenschiffen. Es ist wohl nur die Absicht, die Schiffe zum Beiramfest möglichst bunt aufzuwirken zu können, welche schon jetzt, wo von einer Expedition der

türkischen Flotte noch gar keine Rede ist, eine solche Regsamkeit in das Arsenal bringt. Es liegen jetzt nicht weniger als 6 Linienschiffe, 4 Fregatten, 4 Korvetten, 4 Kanonenboote und einige Aviso's gesetzfertig hier bereit, die mit ungefähr 700 Geschützen aufs Beste armirt sind. Nur 3 Linienschiffe und 1 Fregatte sind von dieser ganzen Macht noch nicht mit einer Maschine versehen, alle übrigen haben Schrauben und 2 von den Fregatten Räder. Von den Linienschiffen ist 1 erst am vorigen Mittwoch mit Truppen von Kanada angekommen, wo es der beständigen Unruhen auf der Insel wegen bisher als Stationsschiff lag.

America.

New York, 6. April. [Urbanität der Repräsentanten.] Im Repräsentantenhouse zu Washington kam gestern wieder eine jener stürmischen Scenen vor, wie sie sich im amerikanischen Kongress nur zu häufig ereignen. Wenn man auch nicht gerade handgemein ward, so regnete es doch eine solche Fluth von Schimpfwörtern, daß die Vermuthung nahe liegt, manche der amerikanischen Gesetzgeber hätten ihre Schulbildung auf dem Fischmarkt erhalten. Anlaß zu dem gestrigen Skandal war der, daß ein der äußersten republikanischen Linken angehöriger Repräsentant, Namens Lovejoy, ein Mann des Nordens, als er gegen die Sklaverei donnerte, sich im Feuer der Rede so weit hinreißen ließ, daß er, dem im Kongreß herrschenden Brauche zwider, seinen Platz verließ, auf die demokratische Seite des Hauses geriet und dort unter heftigen Geißelulationen, die von der Gegenpartei als Drohen mit der geballten Faust dargestellt werden, weiter perorirte. Die Leute des Südens suchten ihn auf seinen Platz zurück zu treiben, und einer von ihnen sprang mit geschwungenem Rohrstock auf ihn zu. Lovejoy aber wich nicht, und nun fing die Fluth der Schmähungen an, sich zu ergießen. Barksdale aus Mississippi rief Herrn Lovejoy zu, der gemeinste Neger im Süden sei besser, als er, und Martin aus dem ritterlichen Virginia versprach ihm, wenn er dorthin komme, so werde man ihn an einem höheren Galgen baumeln lassen, als John Brown, worauf Lovejoy entgegnete, daß er das nicht im Geringsten bezweifle. Ein beinahe noch höflicheres Zwiegespräch fand am vorhergehenden Tage zwischen dem Republikaner Farnsworth aus Illinois und dem Demokraten Jenkins aus Virginia statt. Ersterer hatte geäußert, John Wesley habe die Sklaverei den Inbegriff aller Schlechtigkeit genannt, worauf Jenkins fragte: „Sagen Sie das?“ Farnsworth: „Ich sagte, Wesley habe es gesagt.“ Jenkins: „Sagen Sie es?“ Farnsworth: „Ich bin jedoch ziemlich derselben Ansicht.“ Jenkins: „Dann lügen Sie.“ Farnsworth: „Ich pflege nicht in Kloaken hinabzusteigen.“ Jenkins: „Ich kann das nicht als Bekleidigung aufnehmen“. (!!)

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 30. April. [27. Sitzung.] Der Präsident eröffnet die Sitzung um $1\frac{1}{4}$ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt, die Logen besetzt. Am Mi- nisterische die Herren Frhr. v. Patow, Geh. Sin. R. Meinecke, Graf Pückler, v. Aeuerswald. Den ersten Theil der Tagesordnung bildet die Fortsetzung der Berathung über die Berichte, die anderwärts Regulirung der Grund- und Steuer betreffend. Zunächst recapitulirt Herr v. Weding als Berichterstatter die in den Debatten über die allgemeinen Gesichtspunkte vorgebrachten Behauptungen. Der Präsident schlägt vor, die Gesetzentwürfe in ihrer Reihenfolge zu debattiren, über die §§. 1 und 2 des Gesetzentwurfs Nr. I. erst zulegt zu debattiren und eine nochmalige Generaldiskussion über jede Vorlage vorzunehmen. Das Haus verzichtet auf generelle Debatten und schreitet zur Spezialdebat- lassung über §. 3, zu welchem die Herren Hasselbach und Dr. Brüggemann Ver- besserungsanträge gestellt haben. (Bereits wörtlich mitgetheilt.) — Dr. Krausnick gegen den Kommissionentwurf. Die Städte wollen sich einer Gleichmäßi- gen Ausgleichung der Grundsteuer nicht entziehen, verlangen aber auch, daß die Ausgleichung wirklich ganz allgemein durch die Provinzen nach gleichen Grundsätzen realisirt werde. Das politische Bedürfnis, die Einigung aller Stände vor- zunehmen, geht mir noch weit über das rein finanzielle, und dies letztere ist doch ganz und gar anzuerkennen, da der Staat großer Mittel dringend bedarf. Die Thronrede sagt mit Recht, daß die allgemeinen Interessen des Landes die Regu- lirung der Grundsteuer ganz unerlässlich machen. Friedrich Wilhelm III. trug wiederholt auf Revision an und erblickte in ihr nur Segen für das Land. Es wird zur Verstärkung der Staatseinnahmen auf die Annahme der Vorlagen II. und III. hingewiesen, doch wird durch halbe Maßregeln Erfriedliches nie erzielt. Was vom Halsabschneiden der Grundbesitzer vorgebracht, kann ich eben so wenig anerkennen, als die Gefahren der Grundsteuerkrise. Ich stimme entschei- den für §. 3 der Regierungsvorlage. — Baron v. Senfft-Pilsach: Ich sympathisiere in vieler Beziehung mit hrn. Krausnick, nur dürfen unsere Redi- nungen doch um ein Bedeutendes auseinandergehen. Halten Sie fest, daß die Städter mit Leichtigkeit ihr Vermögen verheimlichen können; wer unter den Einden in Berlin wohnt, hat keine Ahnung von dem finanziellen Befinden sei- nes Nachbars. Der kolossale Reichthum der Städte wird höchstens $3\frac{1}{2}$ Prozent hergeben, das Land viel mehr. — Nach einer thatsächlichen Bemerkung des hrn. Krausnick nimmt das Wort Herr Hasselbach, um seinen Verbesserungsantrag genauer zu erörtern und auf dessen Zusammenhang mit dem Brüggemannischen Amendment hinzuwiesen. Meine proponirten 9,600,000 Thlr. sind die Summe, welche der Finanzminister als das zu erwartende Plus bezel- net hat. Nach Feststellung des Reinertrags werden die Prozente, welche gezahlt werden sollen, bestimmt. Die Erörterung des Reinertrags wird in Frage gestellt, und doch ist er zu erörtern. Ich habe in meinen amtlichen Stellungen viele Gelegenheit dazu gehabt in Memel, wie in Westfalen, und es versteht sich von selbst, daß auf alle Verhältnisse gebührend Rücksicht genommen wurde und Rücksicht genommen werden kann, wie auch über das Resultat selbst kein Zweifel besteht. Grade bei der Grundsteuer läßt sich große Genauigkeit noch nicht erzielen, als bei anderen Vermögenssteuern. Die Städte haben außer Ein- kommensteuer noch Gewerbesteuer, die furchtbar drücken, das hat sich in einer kantier Weise bei der letzten Mobilmachung herausgestellt. An dem kolossalen Reichthum der Städte, von dem hr. v. Senfft spricht, ist nichts. Bis jetzt habe ich noch ganz und gar nicht begreifen können, wie durch das vorliegende Gesetz der Grundbesitz fortan alle Lasten des Staates zu tragen habe; nehmen Sie also mein Amendment an.

Herr v. Waldaw-Steinhöfel: Man hat die Grundsteuer auf historisch betrachtet, aber es ist Vieles geschehen, was nicht zu billigen ist. Im Mittelalter vertrieb man die Juden, behielt aber ihr Geld zurück, wenn man Geld brauchte; ich glaube aber doch nicht, daß heute Ähnliches geschehen soll. Ich möchte gern behalten, was mir gehört! Der Herr Reg.-Kommissar hat auf Friedrich Wilhelm I. hingewiesen, hat aber übersehen, daß die damaligen Grundbesitzer unverschuldet waren. Dieser König nahm der Familie Schwerin das Gut Spaltikow weg, das der gerechte König Friedrich Wilhelm III. zurückgab, von dem das Edikt von 1810 herrührt. Wir haben viel gehört von Gerechtigkeit; diese wird aber nicht hergestellt werden können. Herr Hasselbach ist vielleicht dazu im Stande, aber dann müßte Herr Hasselbach auch überall selbst vornehmen. Nichts als Phrasen und Schlagwörter, die aber auch von Ihnen lautgeworden sind. Graf York ist wohl auf Seiten des Ministeriums, aber das Gewicht der Gründe liegt auf unserer Seite, und wer zuletzt den Sieg davonträgt werde, muß abgewartet werden, das hängt von einem Höheren ab! Die Kosten der Abschätzung werden etwa 20 Millionen betragen; da wäre dann wenigstens in den Provinzen provisorisch verfahren würde. Sind die wenigsten nichts von uns verlangen. Gingen Leute bei der Grundsteueraufstellung zu Grunde, so geschah dies wenigstens von der Fremdherrschaft; jetzt will die eigene Regierung von Haus und Hof wegtreten, was doch das Verrenbaud (Fortschegung in der Beilage.)

nicht zugeben wird. Da ich wünsche, daß der Patriotismus erhalten werde, so wünsche ich die Grundsteuerausgleichung nicht; das Amendent Hasselbach-Brüggemann ist eine Verbesserung, aber ich bin gegen den §. 3 überhaupt so auch gegen die Vorschläge. — Erhr. v. Patow: Der Herr Vorredner wird mir wohl erlauben, daß ich noch einmal das Wort nehme. Wir haben jetzt Neueröffnungen im Staatschaz, aber wir müssen darauf bedacht sein, immer Quellen offen zu halten. Ich stimme dem Vorredner bei, daß die mittelalterliche Praxis nicht wiederkehren darf; nur ist es etwas wesentlich Anderes mit den Vorslagen, die nicht das Produkt der Finanzkunst eines Ministers sind, sondern mit der Vergangenheit im Zusammenhang stehen. Eine persönliche Steuer zu erheben, ist nicht möglich, der Grundbesitz läßt sich aber durchaus noch heranziehen, ohne zu Stunde zu gehen. Ihre Besorgnisse greifen viel zu weit. Ferner heißt es, die Maßregel sei unausführbar, höchstens könne ein Einziger das ganze Geschäft in allen Provinzen vornehmen, was ja aber nicht möglich ist. Fällt die Abschätzung hoch aus, so können, vorausgesetzt, daß etwa das Hasselbachsche Amendent durchgeht, die Prozentabzüge gering ausfallen, die Regierung kann dies nur wünschen. Man würde etwa mit Bildung von Katasterverbänden beginnen und die Beteiligten ebenso zusiehen, wie die Vertreter der Regierung. Wir haben schon jetzt in allen Provinzen Ablösungsbeamte, und gerade in Preußen fehlt es ja nicht an durchaus geeigneten Kräften. (Der Minister giebt ausführliche Erörterungen über das einzuschlagende Verfahren, es ist aber auch heute wieder so geräuschvoll während seiner Rede, daß er nicht zu verstehen ist.) — Herr v. Waldau-Steinhöfel: Ich bin von dem Herrn Minister in einzelnen Punkten mißverstanden worden, und das kommt nur daher, wenn man sich bemüht, ein höflicher Mann zu sein. Ich bemerke, daß in des Herrn Ministers Reden ebensoviel Präzisen und Schlagwörter vorhanden gewesen sind, als in den unfreien. — Graf Jenapfliz: Nach wie vor bin ich der Ansicht, daß der Kataster 20 Millionen kosten wird und es ist doch besser, diese Summe lieber der Arme zu Gute kommen zu lassen.

Br. Stupp: Es wäre gut, wenn hr. Baron v. Senfft nur ein halbes Jahr meinen Posten in Köln verläufe; er würde nicht mehr vom kolossalnen Reichthum der Städte sprechen; eher würde er davon laufen, wenn er Tag für Tag die Klagen höre von Leuten, die unter dem Drucke von Kommunal- und Staatssteuern leideten. Die Rheinprovinz erwartet, was ihr garantiert worden ist; es werde endlich die Ausgleichung der Grundsteuer erfolgen. Die Gegegesvorlagen sind von den Abgeordneten angenommen und befinden sich jetzt im letzten Stadium. Sietzen Sie sich den Prinzipien der Gerechtigkeit nicht entgegen, sprechen Sie das Wort zum Segen des. Fassen die Gesetz, wir trösten uns dann mit Mephistopheles: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort.“ und „vom Rechte, das mit uns geboren, von dem ist leider nicht die Frage“. — Die Diskussion ist geschlossen. — Der Berichterstatter hr. v. Meßling: Weisen wir das unverständliche Gesetz Nr. I. zurück. Uebrigens giebt uns heute und zwar erst heute der Minister Aufschluß über das Verfahren, das er bei Abschätzung des Grundbesitzes einhalten will; wir sind jetzt nicht mehr im Stande, den Werth oder Unwerth desselben zu prüfen. — Der Finanzminister weist den ihm gemachten Vorwurf des Referenten zurück, indem er auf die Vorlagen verweist. Das Haus verwirft hierauf mit 119 gegen 40 Stimmen die Amendements Brüggemann-Hasselbach, mit 119 gegen 39 den §. 3 nach der Kommissionsfassung und nach der Regierungsvorlage. (Die Minister Fürst von Hohenzollern und Graf Schwerin sind eingetreten.) Obgleich der §. 3 den Kern des Gesetzes enthält, verlangt die Regierung denoch die Fortsetzung der Debatte. Die Diskussion über §. 4 wird nach längerer Debatte auf den Antrag des Herrn v. Kleist-Retzow ausgesetzt bis nach Erledigung der Vorlagen II., III. und IV. Rächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Für das Amendment Hasselbach haben gestimmt: v. Alvensleben, Graf v. d. Asseburg, Baumstark, Berndt, Beyer, Brandis, Brüggemann, v. Brünneck, Cadenbach, v. Dürsberg, Groddeck, Fürst Hohenzollern, Hammer, Hasselbach,

Wendt, v. Duesberg, Groddeck, Fürst Hohenlohe, Hammel, Hasselquist, Hering, Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz zu Hohenlohe-Dehringen, Graf Kielmansegg, Graf Landshut, Laup, Graf Rittberg, Fürst Rheina, Graf Schauburg, Simons, Stupp, Teltkampf, Voigt, Graf York, Lahn und Andere.

— Herr Graf Rittberg hatte bereits vorgeschlagen im Gesetzentwurf, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer einen neuen §. 24 einzufügen; jetzt beantragt der Graf die Einschiebung eines zweiten neuen Paragraphen (§. 25); der jetzige §. 24 würde demnach §. 26 werden. Der §. 24 soll lauten: „Behufs Herabführung der Grundsteuer-Verhöhlungen nach der Vorordnung des §. 24 zu haben die Grundbesitzer, welche die in ihrem Eigentum befindlichen Grundstücke in ihrem Besitzzusammenhange durch den gesamten, darauf ruhenden Grundsteuerbetrag als über den zehnten Theil des Reinertrages hinaus belastet anzusehen, und deshalb einen Anspruch auf Ermäßigung erheben wollen, diesen Anspruch binnen einer Präludienfrist von einem Jahre, seit dem Tage des Erstcheinens dieses Gesetzes, bei derjenigen Regierung anzumelden, in deren Bezirk die Grundstücke liegen. Bis zur Entscheidung über den erobtenen Ermäßigungs-Anspruch müssen die seitherigen Grundsteuerbeträge mit Vorbehalt der Erfüllung des vom 1. Januar 1862 ab zuviel bezahlten fortentrichtet werden. Hinsichtlich des Verfahrens bei Ermittelung und Feststellung des Reinertrages der Besitzungen, so wie hinsichtlich der Entscheidung über die Ermäßigungs-Anträge wird für jede Provinz nach Vernehmung des Provinzial-Landtages durch königl. Verordnung das Nähtere bestimmt.“

Haus der Abgeordneten

Berlin, 30. April. [44. Sitzung.] Im Abgeordnetenhouse debattirte man heute über eine große Anzahl von Petitionen der Gemeinde-Kommission, welche längere Erörterungen von überwiegend provinziellem Interesse hervorriefen und zumeist nach dem Kommissionsantrage durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurden. Ein gleiches Resultat erfolgt bei den Petitionen der Spittz.-Kommission. Von hervorragendem Interesse ist der Antrag des Abg. Prittwitz wegen Erhöhung der Beamtengehälter. Der Antragsteller beleuchtet die Bedürfnisfrage und empfiehlt den Vorschlag der Budget-Kommission auf Überweisung an das Staatsministerium. Das Haus tritt diesem Vorschlage bei. Nächste Sitzung: Donnerstag. Tagesordnung: Budget und Petition über die Schlafwachen-Marginalien.

[Petitionsbericht.] Der dritte Bericht der Kommission für das Gemeindeleben über Petitionen enthält acht zum großen Theil wichtige Anträge, von denen drei sich mit dem Schicksal der Wittwen und Waisen von Schullehren beschäftigen. In Betreff der Schullehrerwittwen- und Waisenunterstützungskasse in Schlesien, so wie der Pensionskasse für die Wittwen und Waisen verstorbenen Elementarlehrer im Regierungsbezirk Düsseldorf, wo es sich in den Anträgen der Petenten nur um Erhöhung des Wittwengehalts handelt, wird mit Rücksicht auf die Fürsorge, welche der Kultusminister unausgesetzt diesem Gegenstande widmet, der Übergang zur Tagesordnung anempfohlen. Dasselbe Zoos hat ein Antrag des Superintendents Karsten, beauftragt und be Vollmächtigt von 116 Superintendents und ungefähr 9000 Elementarlehrern, dahin gehend, „der Noth der Elementarlehrer abzuhelfen, entweder durch die den Lehrern gesetzlich zu ertheilende Berechtigung zu dem Eintritt in die fgl. Wittwenverpflegungsanstalt oder durch anzuordnende ausreichende Unterstützung der Lehrerwittwen aus Staatsmitteln“. Hier gab die Wichtigkeit der Sache, erhöht durch die große Zahl der Petenten, Veranlassung, in der Kommission eingehende Beratungen vorzunehmen. Bei aller Theilnahme für die Petenten glaubte man aus verschiedenen Gründen dem Antrage keine Folge geben zu können. Nach Art. 25 der Verfassung sei es Sache der Gemeinden, für die Lehrer der Volkschulen und indirekt für deren Wittwen zu sorgen, während die fgl. Wittwenverpflegungsanstalt eine Staatseinrichtung sei, zu welcher der Staat die schon oft wegen ihrer Höhe gerungen Summe von 656,680 Thlrn. zuschiebt, welche mit dem Hinzutritt von etwa 30,000 Elementarlehrern noch bedeutend erhöht werden müßte und die Anstalt selbst in ihrer Existenz gefährden könnte. Uebrigens auch die Regierung fortwährend Sorge für die Errichtung von Wittwenkassen zu Gunsten der Elementarlehrer. — Ueber eine Petition des Lehrer Soß zu Altenkirchen wird der Übergang zur Tagesordnung anempfohlen, da das beantragte Pensionirungsgeleyß für Lehrer vom Unterrichtsminister bereits vorbereitet wird. — Sieben Petitionen von 151 Lehrern aus Berlin, 23 aus Königsberg, 24 aus Herford, 10 aus Kulu, 17 aus Naumburg, 52 aus Potsdam, vom Magistrat und den Stadtverordneten aus Thorn besprechen das gesamte Volkschulwesen. Von der Kommission wird der in Art. 26 der Verfassung verhältnißweise Erlass eines Unterrichtsgeleyßes, welches die äußeren Verhältnisse der Schulen und namentlich der Volkschulen regelt, für um so dringender erachtet, als gerade diese äußeren Verhältnisse auf das innere Gedelihen von wesentlichem Einfluß sind; hiermit ist auch der Minister im Allgemeinen einverstanden; ein Gesetz über die Unterhaltung der Elementarschulen (Art. 25 der Verfassung) und über das Pensionswesen sei im Unterrichtsministerium bereits vollendet und unterliege gegenwärtig Verhandlungen mit den übrigen drei beteiligten Ministerien. Beide Vorlagen würden sicher in nächster Session eingebroacht werden und andere werden vorbereitet, um den Art. 26 successiv vollständig

zur Ausführung zu bringen. Mit seiner Zustimmung wird die Forderung der Petenten dem Ministerium zur Beurtheilung überwiesen. Dieferben beantragen zweitens ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen (Art. 25 der Verf.). Die drückende Lage der Lehrer wird anerkannt, da aber das versprochene Gesetz derselben Abhülfe bringen wird, wie der Minister dies ausführt, so empfiehlt sich der Uebergang zur Tagesordnung, ebenso, wie über den dritten Antrag, das Pensionswesen betreffend; ein gleicher über Nr. 4 hinsichtlich der Wittwen- und Waisen-Unterstützungskassen, weil hier die Petenten nicht nachgewiesen haben, daß sie mit ihren Beschwerden bei den vorgesehenen Behörden vorstellig geworden sind. Prinzipiell wichtiger ist der fünfte Antrag, worin die Petenten verlangen, daß den Lehrern die Theilnahme an den Schulvorständen zugesichert werde; daß sie jetzt davon ausgeschlossen seien, wäre unnatürlich und nachtheilig, den Schulvorstehern auf dem Lande fehle es häufig an Intelligenz *et cetera*. Daz hiervon das Gedeihen des ganzen Schulwesens abhängt, oder die achtungswerte Stellung der Lehrer überhaupt hierdurch bedingt sei, kann die Kommission nicht anerkennen. Der Kreis der Wirksamkeit des Schulvorstandes in den Landgemeinden ist, da dem Geistlichen die inneren Angelegenheiten der Schule allein zur Beaufsichtigung zugewiesen sind, ein so beschränkter, daß der Schullehrer keine Gelegenheit finden würde, technische oder pädagogische Fragen durch Sachkenntniß fördern zu können, während andererseits die Mitanwesenheit des Lehrers bei Behandlung von Fragen, welche meist einen rein persönlichen Charakter an sich tragen, Mierverhältnisse und Streitigkeiten hervorrufen würden. Was die Mitbeihilfung kenntnisreicher Lehrer am Schulvorstande in den Städten anbelangt, so ist deren Nothwendigkeit bereits durch das Gesetz (Instruktion vom 26. Juni 1811) anerkannt; die Zusammensetzung der Schuldeputationen hält die Kommission auch heute noch für zweckmäßig und schlägt auch über diesen Antrag den Uebergang zur Tagesordnung vor. Sechster: Das Elementarschulwesen in Berlin. Berlin besitzt 22 städtische, 10 Kirch., 6 katholische, 4 jüdische und 9 Schulen in Waisenhäusern *et cetera*, außerdem 114 Privatschulen; an allen diesen Aufstellen unterrichten 160 öffentliche und 600 Privatlehrer. Im Jahre 1859 wurden in den evangelischen Schulen auf Kosten der Kommune 27,295 Kinder unterrichtet, von denen über 10,000 in Privatschulen. Wenn gleich dieser Umstand dem Art. 21 der Verfassung nicht widerspricht, so giebt er doch zu manichfachen und schweren Bedenken gerechte Veranlassung. Die Gefaamnkosten der Stadt für den Unterricht beliefen sich im Jahre 1844 auf 52,125 Thlr., im Jahre 1858 auf 157,494 Thlr. und im Jahre 1859 erreichten sie die Höhe von 180,000 Thlr. Das Ministerium will denn auch die vorhandenen Nebelstände auf dem Wege allmäßiger Abhülfe beseitigen und wird den städtischen Behörden vorschlagen 1) wo neue Schulen um das Wachsthum der Bevölkerung willen errichtet werden müssen, sollen dies öffentliche Schulen sein, und 2) wird die Koncession eines Privatschullehrers erledigt, so soll die Stadt die Schule als öffentliche übernehmen. Dieses Vorgehen erhält die Zustimmung der Kommission, welche dann auch den Uebergang zur Tagesordnung vorschlägt, ebenso wie über die Petition, das Schulwesen in Königsberg betreffend, da hier der Instanzenzug nicht innegehalten ist. — Eine Petition des jüdischen Doftors der Philosophie Arnhem in Berlin: Die Erlaubniß zur Abhaltung des pädagogischen Probejahrs an einem Gymnasium oder einer Realschule zu befürworten, giebt der Kommission Anlaß, das Verfahren des Kultusministers für nicht gerechtfertigt zu erachten, und demgemäß vorzuschlagen, daß die Petition der Regierung zur Beurtheilung überwiesen werde.

[Antrag.] Der Abg. Delius und 66 Genossen beantragen die Bildung einer Kommission, welche mit einer Revision der gesetzlichen Bestimmungen über das Einkwartirungs- und Natural-Berpflegungsweisen der Armee, so wie über die Kriegsleistungen und deren Vergütung beauftragt wird. Sollte dieser Antrag nicht angenommen werden, so schlägt der Abg. Schult vor, 9 Petitionen, welche diesen Gegenstand betreffen, der Regierung zur Überprüfung zu überweisen; Abg. Rauß stellt denselben Antrag zu Gunsten von sieben dieser Petitionen; Abg. Goetz modifiziert denselben; Abg. Senff verlangt Gleichtes für die Petition des Magistrats zu Bromberg. PB.

Meine Herren! Im nächsten Anschluß an das, was der Abgeordnete v. Arnim (Neustettin) gesagt hat, indem er anfuhrte, er enthalte sich der Diskussion über die Sache, weil sie schon so vielfach besprochen worden, erlaube ich mir die Bemerkung, daß es Wahrheiten giebt, die wieder und immer wieder vorgeführt werden müssen, bis der Augenblick doch endlich kommt, wo sie zur Geltung gelangen. (Bravo!) Ein solcher Fall ist der vorliegende. Die Berechtigung der Juden zum Staatsdienste und überhaupt zu den allgemeinen bürgerlichen Rechten, die vorgebrachte Bildung im Allgemeinen, daß vorgeschrittene Gefühl auch im christlichen Benehmen, endlich das Recht an sich und das in der Verfassung gegebene Gesetz verlangen ausdrücklich, daß endlich diese Anerkennung auch durch alle Faktoren erfolgt, die sich darüber auszusprechen haben. Ich bin weit entfernt, wenigstens zur Zeit, von der Ansicht auszugehen, daß nur durch besondere gesetzliche Regelung die Frage zum Austrag kommen kann, wenn es auch im Allgemeinen wünschenswert erscheinen mag, um falsche Auffassungen hierüber für immer auszu schließen. Die Gründe aber, aus denen ich mich beschreide, liegen sehr nahe; der erste meiner Herren Vorredner hat sie bereits angeführt. Die Zeit dieser Frage wird aber kommen, ebensowohl wie die Zeit gekommen ist für jene Burgagerburgen im Mittelalter und für den Geist, der sie erbaut hat; ihre Zeit ist gekommen, sie liegen jetzt in Ruinen, nur bewohnt von Geistern — ich meine nicht espirits, sondern

von révenants — und bewohnt von Gulen — ich meine aber nicht jenes Genius, welches der Göttin Minerva ihr Symbol gegeben hat, sondern jene Spezies, welche die Augen schlägt, sobald ein neuer Tag anbricht. (Sehr gut! rechts.) Ich glaube daher, es wird unsere Aufgabe sein, dem Zeitgeist auch durch Annahme des Beschlusses unserer Kommission, ad l. nämlich, Ausdruck zu geben. Meiner Ansicht nach ist alles das, was man dieser Petition und ihren Anprüchen entgegenstellen kann, nur noch ein Nachläufer jener Furcht, welche sich in gewissen Kreisen und Zeiten gezeigt hat, wenn es sich darum handelte, den Juden ihre Rechte, die sie beanspruchen, zu gewähren. Ich erinnere Sie kurz daran, daß, als im Anfang dieses Jahrhunderts der hochverehrte Stein die ersten Schritte that zur Emmanzipation der Juden, eine gewisse Partei über Preußen: Webe! sahre, und behauptete, Preußen werde ein Judentaft werden. Ich erinnere Sie ferner daran, daß, als man später den Juden volle Glaubwürdigkeit vor Gericht einräumte, man wieder glaubte, die Grundpfähle der Monarchie müßten wanken; ja, in gewissen Kreisen wagte Niemand mehr die Hände aus den Taschen zu nehmen, weil man glaubte, überall lauerten meineldschwangere Juden, um jene zu plündern. Ich erinnere Sie daran, daß, als man später den Grundbesitz den Juden überall zugänglich mache, die grundbesitzende Ritterchaft sich schon für ausgeschlachtet erachtete. Heutjutage, meine Herren, sitzen die angeblichen Schlächter mitten unter denen, die damals diese Furcht äußerten, und wenn Ungehörigkeiten in solcher Versammlung vorgelommen sind, so habe ich wenigstens nicht gehört, daß sie von den Juden ausgegangen wären. (Sehr gut! rechts.) Erlauben Sie mir nun, meine Herren, daß ich einen kurzen Rückblick werfe auf das verlaufene Jahr, und Ihnen das, was während desselben für die Judenträge geschehen und nicht geschehen ist, vorfüre. Durch den Vertreter der Regierung haben wir erfahren, daß im Laufe des verflossenen Jahres, und zwar im Anfang derselben, eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden hat, in welcher man zu der Überzeugung gekommen, und dieselbe zum Beschuß erhoben hat, daß der Artikel 12 der Verfassungsurkunde eines besonderen Ausführungsgesetzes zu seiner Gültigkeit nicht bedürfe. Man hat jedoch einem jeden der Herren Justizminister die Beurtheilung überlassen, inwiefern unter Festhaltung dieses Prinzips die Ausstellungsfähigkeit der Juden bezüglich der einzelnen Kategorien in dem speziellen Ressort zulässig sei. Der Herr Minister des Innern hat nun die volle Berechtigung der Juden zu allen Staatsämtern seines Ressorts anerkannt; ich habe daher, wenn ich mich zu meinem Bedauern auch gegen einige andere Herren Minister wenden muß, wenigstens dem Herrn Minister des Innern gegenüber, nichts anzuführen. Wenn ich doch aber auch meine, daß sein Ressort mindestens mittelbar durch gewisse Verfügungen des Herrn Justizministers empfindlich mitbetroffen ist, so werde ich des Näheren später darauf zurückkommen. In den Ansichten des Herrn Justizministers hat sich im Laufe des verflossenen Jahres leider nichts geändert. Zu Richterämtern — und darum handelt es sich ja

nur, denn als Rechtsanwälte sind Juden bereits angefeindet worden, — können die Juden noch nicht gelangen, und warum nicht? Sie sind aus zweifachen Gründen dazu unfähig, einmal, weil sie keine christlichen Eide abnehmen können, und zweitens darum nicht, weil ihre Ritualgesetzgebung, namentlich die Sabbatfeier, sie verbindet, ihr Amt in seinem ganzen Umfange wahrzunehmen. Drittens hat nun der Herr Justizminister, um den Juden auch in dieser Beziehung alle Versuchung zu ersparen, durch eine Verfügung von 1857 dafür gesorgt, daß sie den schlüpfrigen Pfad der Rechtskarriere überhaupt nicht mehr betreten können, indem er sie von der Prüfung pro auscultatoria ausschloß. Was nun die Befähigung zum Richteramt betrifft, welche darum mangelt soll, weil der Jude unfähig wäre, einen christlichen Eid abzunehmen, so kann sich die Ansicht des Herrn Justizministers meiner Meinung nach rechtlich nur fundiren vorzugsweise auf einen Staatsministerialbeschuß vom Jahre 1851. Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Beschuß verlesen zu dürfen.

Präsident: Das Haus hat darüber zu befinden; es scheint aber nicht zu widersprechen.

Abg. Schottki (fortfahrend): Es hat das Staatsministerium in Veranlassung eines speziellen Falles, die Beförderung jüdischer Auskultatoren zu Referendaren betreffend, unterm 9. September 1851 folgenden Beschluß gefaßt: „1) daß es den Bekennern der jüdischen Religion nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung nicht verschrankt werden kann, sich die Qualifikation zu den unmittelbaren und mittelbaren Staatsämtern jeder Art durch Zurücklegung der gesetzlich oder reglementarisch angeordneten Vorbereitungsstationen resp. Prüfungen zu erwerben; 2) daß aber die Erlangung dieser Qualifikation überhaupt noch kein Recht auf die Verleihung eines bestimmten Staatsamts begründe, daß es vielmehr der Beurtheilung des betreffenden Departementschefs bei Bewerbungen um ein bestimmtes Amt vorbehalten bleiben müsse, ob der Bewerber, ganz abgesehen von seinem religiösen Bekennnisse, sich seiner Persönlichkeit und seinen Fähigkeiten nach für dieses Amt eigne.“ Mit Rücksicht nun auf diesen Beschluß und nach Mittheilung desselben hat der Herr Justizminister unterm 9. Oktober 1851 eine Circularverfügung an alle Appellationsgerichte erlassen, worin gefaßt ist: „Mit Rücksicht auf diesen Beschluß müssen die Bekänner der jüdischen Religion, welche in der Justizpartie eine Anstellung suchen, zur Zeit von allen Ämtern ausgeschlossen bleiben, bei deren Verwaltung sie in die Lage kommen könnten, christliche Eide abzunehmen, ebenso darf denselben ein solches Amt auch zur kommissarischen Verwaltung nicht übertragen werden, so wie denn auch auf eine pünktliche Befolgung des Rescripts vom 26. November 1830 zu halten ist, wonach die Abnahme von Eiden überhaupt durch Auskultatoren und Referendaren nicht bewirkt werden soll.“ Ich frage Sie nun, meine Herren, ist die Ansicht, welche der Herr Justizminister in dieser Circularverfügung ausgeführt hat, wirklich eine Konsequenz aus dem Beschuß des Staatsministeriums? Ich muß sagen: Nein! Das Staatsministerium eröffnete den Juden alle Wege, sie sollten zu allen mittelbaren und unmittelbaren Ämtern des preußischen Staates sich qualifizieren können. Wozu, meine Herren? Doch jedenfalls nicht bloß, u-n einer noblen Passion zu fröhnien, sondern um die Kenntnisse, welche sie sich auf diesem Wege erworben haben, zu ihrem Nutzen, wie auch zum Nutzen des Staates auszubutzen. Diese Vorbereitungen mußten sie zu dem Ziele führen können, auch Ämter zu bekleiden. Wenn nun der Beschuß des Staatsministeriums von 1851 hinzufügt, daß jedem Departementschef in jedem einzelnen Falle überlassen bleiben müsse, den Kandidaten, der sich zu einer bestimmten Stelle meldet, — jedoch ausdrücklich, „ganz abgesehen von seinem religiösen Bekennnisse“ — zu prüfen, ob er vermöge seiner Qualifikation und Persönlichkeit und

... zu prüfen. Es verlangt eine Qualifikation und Verbindung mit seiner Ausführung für dieses Amt passe, so ist dies, meine Herren, eine Sache, die sich von selbst versteht. Es wird dem Judentum zum Beispiel, der die Idee hätte, in den Ober-Kirchenrat einzutreten, wahrscheinlich vom Herrn Justizminister mit Zug und Recht entgegenhalten werden, daß er sich für diese Stelle nicht eigne. Dasselbe gilt, wenn hinsichtlich der moralischen Führer dem Kandidaten irgend etwas entgegensteht. Wenn nun aber der Herr Justizminister die ganze Kategorie der jüdischen Glaubensgenossen in Folge seiner Verfügung vom Richteramte ausschließt, so ist dieses gerade etwas, was das Staatsministerium seiner Zeit nicht wollte. Der Herr Justizminister sagt nun jetzt, wie wir dem Kommissionsberichte entnehmen können, die Juden könnten auch darum nicht Richter werden, weil sie nicht fähig seien, christliche Eide abzurühmen. Das ist aber ganz dasselbe, was bereits in der Circularverfügung von 1851 gesagt ist. Es sind die Artikel 4 und 14 der Verfassung in Anspruch genommen worden. Der Artikel 4 sagt, daß Jeder nur Aemter erreich könne, wenn er überhaupt fähig sei, diese Aemter zu verwalten; also wenn ein Jude absolut unfähig ist, am Sabbath zu arbeiten, wenn irgend ein gesetzliches Hinderniß dem entgegensteht, daß er einen christlichen Eid abnehme, dann allerhand wird der Artikel 4 zutreffen.

Der Artikel 14 besagt, daß unbehindert der Religionsfreiheit bei denjenigen Einrichtungen, welche mit der Uebung der christlichen Religion im Zusammenhange stehen, dieselbe zu Grunde gelegt werden solle. Auch das paßt meiner Ansicht nach, selbst wenn man Preußen für einen christlichen Staat erachten sollte, für den vorliegenden Fall nicht. Gewöhnlich führt man dafür keinen Grund an, warum die Abnahme eines christlichen Eides eine solche Handlung sei, welche mit der Uebung der christlichen Religion im Zusammenhange stehe. Wenn aber von jener Seite keine Gründe angeführt werden, darf ich mich auch wohl darauf beschränken, die Richtigkeit dieser Behauptung einfach zu leugnen und auch keine besonderen Gründe zur Rechtfertigung für mich anzuführen. Ich kann das um so mehr, als ich glaube, daß es einen doppelten Ausweg giebt, welcher eben diese Frage in suspenso läßt und doch die Sache vollständig erledigt. Dieser Ausweg ist folgender: es kann entweder dem abzunehmenden Eide vor Gericht jeder konfessionelle Charakter entzogen werden, so daß nur eine Eidesnorm verbleibt, wie sie z. B., um etwas Ähnliches anzuführen, für die Geschworenen und dann auch bei Verfassungsgerichten gewählt ist. Wenn diese Norm bei so wichtigen Eiden ausreicht für alle Konfessionen, dann, glaube ich, sollte sie doch auch wohl ausreichend sein bei den Gerichten. Es hat uns zwar gestern in der Petitionskommission der Vertreter des Herrn Justizministers gefragt, daß das eine gänzliche Umänderung der Prozeßordnung herbeiführen würde. Ich kann mich von der Richtigkeit dieser Ansicht nicht überzeugen und behaupte, daß die Abnahme eines Eides, selbst wenn er diesen konfessionellen Charakter hätte, dennoch kein kirchlicher Alt ist. Wir wissen, daß die Apostel gegen den Eid eisern, wir wissen, daß die Kirchenväter, wir wissen, daß auch die Rabbiner dasselbe thun; nichtsdestoweniger hat ein gewisser Mäßtrauen, welches man in das bloße Ja und Nein setzte, eine gewisse Formel eingeführt, theils unter der einfachen Berufung auf Gott, dann aber auch, als man dies noch nicht für sicher genug hielt, unter einer gewissen konfessionellen Färbung. Wenn man nun diese konfessionelle Färbung fallen ließe, so wären die erhobenen Bedenken gänzlich gehoben. Ich sehe eine besondere Schwierigkeit hierbei eintreten ließe, was man jetzt bei den Juden beobachtet, nämlich, daß man die Eide durch die verschiedenen Geistlichen abnehmen ließe. In beiden Fällen würden die Schwierigkeiten gehoben, und die Juden würden dann ganz gewiß Richter werden können. Der Herr Justizminister hat nun aber weiter noch angeführt, es geht aber dennoch nicht wegen der Sabbathfeier. Nun, meine Herren, ich meine, daß jeden Privatmann ein besonderes Zartgefühl gegen den Glauben anderer Konfessionen und selbst gegen ihre Ritualgesetze schäubar auszeichnet, ich meine aber doch, daß ein Staatsmann, der an der Spitze der Regierung steht, weniger scrupulos zu sein braucht. Der Abgeordnete für Danzig hat vorhin bereits erwähnt, daß der Herr Kriegsminister so scrupulos nicht ist, denn wir wissen, daß bei den Juden auf ihre religiösen Ansichten und ihre Ritualgelege in seinem Reßort in keiner Weise Rücksicht genommen wird. Aber auch selbst der Herr Kultusminister, der noch eine kleine Wiese zur Nutzung für die jüdischen Lehrer übrig gelassen hat, hat nicht an die Sabbathfeier gedacht, und die Juden ausgeschlossen in der Beurtheilung, daß sie am Sabbath nicht würden die Schule besuchen können. Ich glaube, die Juden würden es nicht für eine religiöse Verfolgung erachten, wenn wir ihnen die Rechte einräumen, daß sie auch am Sabbath ihr Amt versehen dürfen und mühten. Der Herr Justizminister hat nun durch sein Reskript vom 10. Juli 1857 angeordnet, daß diejenigen Jura studirenden Juden, welche vom Jahre 1858 ab die Universität verlassen, nicht mehr pro auscultatoria geprüft werden sollen und entschuldigt diese Maafzregel damit, daß er vor dem großen Andrange habe warnen wollen, welchen die Juden nach dem Justizdienste zeigten. Der Herr Justizminister hat solche Warnungen an die Christen zu wiederholten Malen geben lassen, sie haben gute Früchte getragen, und ich glaube, daß diese Maafzregel auch bei den Juden ihre abhcreckende Wirkung geübt und sie abgehalten haben würde, sich dem Rechtstudium zuzuwenden, auch ohne jene Prohibitionmaafzregel. Das Reskript trifft aber auch, wie ich am Anfang schon andeutete, die Domäne des Herrn Ministers des Innern. Es hat eine Kabinetts-Ordre vom 14. Februar 1846 bestimmt, daß diejenigen, welche Gehuß ihrer Fortbildung zum höheren Verwaltungsdienst als Referendarien bei den Regierungen eintreten wollen, nachweisen müssen, daß sie bei den Gerichten als Auskultatoren gearbeitet und die Reife zum Referendarius haben müssen. Wenn

nun aber den Juden der Weg zur Auskultation verhängt ist durch das Regierungsministerium, so besteht es sich von selbst, daß die Ermächtigung des Herrn Minister des Innern, sie im Verwaltungswege verwenden zu können, eine rein illusorische geworden ist. Was nun die Ansicht des Herrn Kultusministers über vorliegende Frage betrifft, so besteht sie darin, daß Juden an Universitäten nur dann als Lehrer angestellt werden dürfen, wenn die Statuten der Universität es speziell gestatten, daß sie aber an Gymnasien unbedingt nicht angestellt werden können. Der Herr Minister des Kultus meint, es sei der größte Theil dieser Institute christlich-konfessionell fundirt. Ich meine, daß dies nicht richtig ist. Es kommt darauf an, wem hier die Beweislast obliegt. Hat der Herr Kultusminister seine Ansicht zu beweisen, so wird er den Beweis ebensowenig führen können, als ich striktum den Beweis des Gegentheils nicht führen kann. Meiner Ansicht nach hat sich die Sache aber so gestellt. Im Mittelalter waren alle Schulen Gemeinschulen. Da die katholische Religion die einzige herrschende in Deutschland war, so war es natürlich, daß alle Schulen mit katholischen Theologen besetzt wurden, und daß nur katholische Schüler diese Schulen besuchten. Als die Reformation eintrat, änderte sich das Sachverhältnis nur insofern, daß ein Theil dieser Schulen in evangelische oder reformierte Hände überging. Der konfessionell-christliche Charakter spaltete sie in evangelische und katholische; daß man demnächst in die evangelischen Schulen die katholischen Kinder und umgekehrt schickte, war natürlich, weil man die Gelegenheit zur Versöhnung der Kinder zum Neubeginn befürchtete. Als aber später die humanistische Richtung mehr überhand nahm, so mußte sich das Verhältnis ändern, einerseits durch diese humanistische Richtung selbst, andertheils dadurch, daß die Gemeinden religiös differierten und bedeutende Geldunterstützung für diese Schulen scheuteten, wonachst der Staat bald hier bald da hülfreich eingetreten mußte. So kam es, daß im Laufe der Zeit nicht durch bestimmte Gesetze und bestimmte Erklärungen der Regierung, wohl aber faktisch die meisten dieser Schulen in die Hände der Regierung übergingen, weil sie von ihr subventioniert werden mußten. Wie richtig das von mir vorher Gesagte ist, daß die Schulen im Mittelalter nur unter Theologen standen, geht daraus hervor, daß bis zum Jahre 1759, bis zu Johann Aug. Wolff, alle Kandidaten des Lehramtes nicht Kandidaten der Philologie, sondern Kandidaten der Theologie waren, und daß Wolff der erste gewesen ist, der sich in Halle als studiosus philologiae einschreiben ließ. Als diese Schulen später in den Händen des Staates waren, kam in den letzten Jahren unter dem Ministerium Raumer immer mehr der Gedanke auf, daß dieselben Staatsinstitute wären und daß sie streng konfessionell geschieden werden müßten. Ich glaube nicht, daß man wird beweisen können, daß früher ein solches Verhältnis in dem Maße stattgefunden hat. Gestalten Sie mir, Ihnen ein Beispiel aus dem Leben durch einen bestimmten Gymnasium vorzuführen. Das Gymnasium zu Lissa wurde vor drei Jahrhunderten durch mährische Brüder, durch Reformierte, und nicht durch Polen, wie hier von mehreren Seiten vor einigen Tagen behauptet wurde, begründet, obwohl ich recht weiß, daß der König Lesinski z. B. und die Kurten Sulkowski der Schule sehr hülfreich zur Seite gestanden haben. Auch bei diesem Gymnasium waren die Unterführungen der Gemeinden so gering, daß der Staat helfend eintreten mußte. Als diese Schule im Jahre 1845 aus ihrem bisherigen Lokale im furchtbaren Sulkowskischen Schlosse, welches der Staat angelaufen hatte, verlegt wurde, da erklärte der damalige Regierungskommissar Wendt dieselbe für eine Simultan-Schule, seit welcher Zeit stets zwei Lehrer katholischer Konfession angestellt werden, während die übrigen Lutheraner sind. Erst in neuester Zeit hat es dem Herrn Kultusminister v. Raumer gefallen, die Anweisung zu geben, daß kein Katholik mehr an dieser Schule Anstellung als Lehrer erhalten soll. An diesem Gymnasium existiert in ganz Preußen der einzige jüdische Lehrer, zur mehreren Verstärkung der Regel, als einzige Ausnahme, als beständiger Hulfslehrer, mit dem beneidenswerten Glücks, stets der jüngste zu sein und zu bleiben. Als im Jahre 1848 auch für ihn die Hoffnung entstand, daß das Füllhorn der Verfassung ihm ein definitives Amt gewähren würde, ist er als Hulfslehrer eingetreten, und ist dies durch 12 Jahre geblieben. Meine Herren! Obgleich alle seine jüngeren Komilitonen längst seite Ausstellungen erhalten, obgleich seine Verdienste durch Frau und Kinder gesteigert sind, ist ihm doch jedes Ansucht auf eine fixe Anstellung geradezu entzogen, und obwohl man 12 Jahre seine Dienste benötigt, bleibt er unangestellter Lehrer, ohne jede Hoffnung auf eine dauernde Pension im Alter. Glaubt man nun, daß sein Einfluß als angestellter Lehrer der unterrichtet in Mathematik und Physik den Kindern nachtheilig werden könnte, daß er ihnen aus jüdischer Weise beibringen könnte, „2 mal 2 sei nicht 4, sondern 5?“ obwohl er sehr wohl zu rechnen versteht, nur da nicht, wo es seinen eigenen Vortheil betrifft, denn sonst würde er sich taufen lassen, und seine Beförderung wäre ihm dann gewiß. Glaubt man nun, daß das jüdische Element so überwiegend auf den christlichen Geist, mit dem die Schule geleitet werden soll, von so bedeutendem Einfluß sein möchte, um durch den christlichen nicht paralytiert werden zu können, so stellt man sich selbst doch damit kein glänzendes Geisteszeugnis aus, und ich meine, daß die Auordnung des Herrn Kultusministers sich gelegentlich nicht vertheidigen läßt. Jeder Nationalökonom, meine Herren, spricht bei jeder Trockenlegung eines Sumpfes oder bei jeder urbar gemachten Fläche von einer friedlichen Eroberung, die das Land gemacht habe. Ich möchte Sie daran erinnern, daß es für uns jetzt jedenfalls an der Zeit wäre, daß wir uns die 250,000 Judenteile und Köpfe geistig nutzbar machen in einer Zeit, wo ihre Kräfte für unser Land sehr wohltätig sein würden, oder wollen wir uns fürchten, daß der Einfluß einer Judenteile auf 77 Christenreichen uns eine zu große Konkurrenz machen werde? Denken Sie, meine Herren, an den schönen Spruch, den auch unser verstorbenen König so oft angeführt hat: „Wir glauben Alle an Einen Gott und die Liebe vereinigt uns Alle.“

Militärzeitung.

Sachsen. [Das Kummer'sche Bündnadelgewehr.] In Sachsen ist das von dem Ingenieur Heinr. Kummer zu Dresden erfundene neue Bündnadelgewehr in Prüfung genommen worden und nach den darüber veröffentlichten Berichten scheint dasselbe in der That außerordentliches zu leisten. Es wird angeführt, daß bei dieser Feuerwaffe selbst nach 100 und mehr Schüssen keine Reinigung des Laufs erforderlich gewesen und wird dabei die Tragweite derselben dahin näher bestimmt, daß aus diesem Gewehr selbst bei Entfernung bis über 1000 Ellen nicht ohne Erfolg geschossen worden sei. Der Beschreibung nach besteht die erwähnte Waffe statt der Schwanzlafette einer Funktion ergebenden Zylinder mit einer äußerst kurzen Bündnadel, welche durch keine Spirale, sondern vermittelst einer Art Schlagfeder vorgeschoben wird. An seinem unteren Ende hat der Zylinder eine kurze, kräftige Handhabe von eben so einfacher als sicherer Konstruktion, vermittelst welcher der Verschluß bewirkt wird. Der Abzug und seine Feder endlich vervollständigen den Mechanismus. Die Nadelfeder wird beim Verschießen von selbst gespannt, kann jedoch durch einen Knopf auch in die Mittelruhe gelegt werden, wenn nicht gesetzt werden soll. Obschon bei der Kürze der Nadel kaum eine Beschädigung denkbar ist, so kann doch dieselbe auf das Leichteste mit einer andern vertraut werden. Auch die Patronen dieses neuen Kummer'schen Gewehrs, bekanntlich der schwache Punkt bei allen bisher erfundenen Bündnadelgewehren, das preußische allein ausgenommen, sollen allen an sie gestellten Ansprüchen genügen. Dem Vernehmen nach ist Ausführung vorhanden, die neu Waffe bei der sächsischen Infanterie eingeführt zu sehen.

Württemberg. [Die gezogenen Gußstahlkanonen des 8. Bundesarmee-Körpers.] Von der württembergischen Regierung ist die Einführung von gezogenen Gußstahlkanonen bei dem württembergischen Armeekörper jetzt definitiv beschlossen worden und sollen die Bestellungen dafür sogar bei dem Bonnischen Verein für Gußstahlfabrikation bereits ausgegeben worden sein. Die vorläufige Errichtung von zwei Batterien gezogener Bronzekanonen für das württembergische Kontingent zum 8. deutschen Armeekorps, welche nach der Einigung zwischen den Staaten, welche dieses Korps zu stellen haben, Württemberg obliegt, wird dadurch indes nicht behindert werden. Nach einer Notiz in der „Allg. Mil. Ztg.“ sollen baldmöglichst die Staaten, nämlich Württemberg, Baden und Großherzogthum Hessen für die übereinstimmende Organisation des 8. deutschen Korps noch weitere vorbereitende Schritte beabsichtigen, wohin vorzugsweise die Wahl eines Kommandeurs für daselbe schon im Frieden, und die Aufstellung eines gemeinschaftlichen Stabes für denselben, nebst dem aber noch die Gründung einer gemeinsamen Kriegsschule gehören, und wird die Vorverständigung hierüber sogar als schon weit vorgedritten bezeichnet.

Frankreich. [Neue Feuerart der Dragoner zu Fuß; die gepanzerte Fregatte „La Gloire“] Für die französischen Dragonerregimenter soll eine neue Justifizierung für die Bequeme zu Fuß eingeführt werden und haben zu diesem Beauftrag seit Ende vorigen Monats schon wiederholte größere Übungen auf dem Marsfeld zu Paris und in den sonstigen Garnisonen stattgefunden. Der wesentliche Unterschied gegen früher besteht dabei darin, daß nicht mehr wie ebenthal einem Mann das Halten der Pferde von drei abgefeilten Dragonern übertragen wird, sondern die Hälfte des Regiments für den angegebenen Zweck absitzt und die andere Hälfte die ledigen Pferde zu halten übernimmt, so daß also auf jeden Mann dieser letzten Abtheilung nur ein Pferd kommt. Das Fußgeschlecht für die abgesessenen Mannschaften scheint ausschließlich

auf den Tirailleur und Scharfschützen Dienst beschränkt zu sein. — Nach dem „Ocean“ hat die eben auf den Werften von Cherbourg vollendete neue gepanzerte Fregatte „La Gloire“ dieselbe Länge wie der Dreidecker „La Bretagne“, nämlich 83 Meter von Perpendikel zu Perpendikel. Die Planken haben 3 Centimeter mehr ins Gewebe als bei den Fregatten ersten Ranges, die Rippen sind in größerer Zahl und die Querholzer stolpern und durch eiserne und hölzerne Verbindungsstäbe gehalten. Das obere Deck ist mit besonderer Sorgfalt gebaut; die Breiterlage ist dicker als gewöhnlich und durch eine darunter liegende ununterbrochene Lage von zusammengeschraubten Eisenblechen verstärkt. Die Tragbalken sind überall wohl gefügt und mit Hilfe einer hübschen Lage von Sand glaubt man das Deck bombenfest machen zu können. Die innere Lage der Schiffswände ist ebenfalls dicker und durch eiserne Beschläge verstärkt; der äußere Panzer besteht aus dicken zusammengeschraubten Eisenplatten. Der über der Wasserlinie liegende Theil des Schiffes hat nichts Charakteristisches, außer einer großen Freiheit des Baues an den beiden Enden, so daß sich dieselben nur mit verlängerten Keilen vergleichen lassen, was bei dem Vordertheil des Widerstand vermindert und hinter dem Steuer eine größere Wirksamkeit gewährt, der Theil unter dem Wasserlinienschiff besitzt dagegen bedeutende Dimensionen, wie man solche nur noch bei älteren Schiffen findet, was aber hier wegen des ungeheuren Gewichts des Eisenpanzers und der schweren Artillerie unerlässlich ist. Die Batterie hat 40 Lüken und wird auf jeder Seite 20 Glanzpfänder führen. Vorn auf dem Oberdeck werden 2 Mörser vom Kaliber der 80- oder selbst 120-Pfünder aufgestellt, und zwar hinter einer schwachen, gepanzerten Wand, welche quer über das Schiff hinübergeht. Hinter dem Hauptmast endlich wird ein ebenfalls schwache und gepanzerte Cylinder von 12 Fuß Höhe errichtet, von wo aus der Kapitän während des Gefechts den Feind in aller Sicherheit beobachten kann. Die Machine wird 900 Pferderad haben, und sind namentlich die Kessel mit allen Verbesserungen versehen. — p.

England. [Vermischtes; neue Organisation der Armee von Bengalien.] Nach einer neuen Bestimmung wird künftig die Königsfahne jedes englischen Infanterieregiments statt der Spitze als Auszeichnung mit einer Krone versehen werden, wogegen die eigentliche Regimentsfahne nach wie vor die jetzige Beschilderung beibehält. An und für sich ist übrigens schon die Erteilung der Königsfahne an ein englisches Regiment ein Beweis der Auszeichnung, für den Fall der Ablösung derselben zum Dienst in den Kolonien oder beim Abrücken ins Feld wird dieselbe jedoch in der Regel bei dem dann errichteten und in den drei vereinigten Königreichen in Garnison zurückbleibenden Depot oder 2. Bataillon zurückgelassen. — Zur besseren Regelung des ärztlichen Dienstes ist ein neues Reglement hierfür veröffentlicht worden. Das Gesamtstift für die Offizierstellen, das bisher bis zu der Stelle eines Oberstleutnants und Regimentskommandeurs hinausreichte, aber freilich nach festgestellten Grundsatzen geregelt war, soll jetzt nach den neuesten, auch vom Parlament bereits gutgeheissen Bestimmungen hierüber nur noch bis zu der Majorschärpe hinaufreichen. Es ist übrigens bekannt, daß mit dem Eintritt ins Feld oder in den indischen Dienst dieses System sofort wegfällt und durch das Avancement nach der Anciennität, resp. in einzelnen Fällen auch für besondere Auszeichnung, ersezt wird. — Nach Auflösung der ehemaligen eingeborenen bengalischen Armee ist diese jetzt neuerrichtet folgendermaßen neu organisiert worden: 15 reguläre eingeborene Infanterie-Regimenter (die Reste der ehemaligen 75 eingeborenen bengalischen Infanterie-Regimenter), 19 Linien- und 6 Füsilier-Regimenter des Pendjab, 4 Regimenter Shikhs-Infanterie, 2 Gwalior-Infanterie, je eins von Khetly, Ghilzie, Jerupore, Ludiana, Albigar, Mewwar, Malwa, Jandpore, Assam, Nagpore, Mena, Kamrup und Cutnow, oder zusammen 58 Regimenter und noch 14 Lokalfabionen, wozu ferner an Kavallerie: 14 irreguläre Kavallerie-Regimenter, 4 Regimenter Shiks, 1 von Nagpore, 5 des Pendjab, 1 von Sahore und 1 von Gwalior, oder zusammen 26 Regimenter nebst noch der irregulären Leibwache des Gouverneurs, den 734 Köpfe starken Kameelkorps und einigen Lokalreitereitruppen. Die für Bengal mit 8000, für Audi mit 12,000, in den nordwestlichen Provinzen mit 27,000 und in Pendjab mit 10,000 M. oder zusammen auf 57,000 Köpfe angesezte Polizeimacht inbegrieffen, wird diese gesammte eingeborene Streitmacht für Bengal allein auf den Bestand von 147,564 Kombattanten angegeben. Es sollen indeß späterin diese sämtlichen eingeborenen Streitkräfte auch in den beiden anderen indischen Präfekturstaaten von Madras und Bombay bis auf etwa 40,000 Mann irreguläre Truppen aufgelöst und durch eine eigene indisch-europäische Armee von u. s. w. 80-90,000 Mann ersetzt werden, worüber freilich aber bei dem überaus geringfügigen und langsame Ergebnis der Werbung für Indien noch einige Zeit verstreichen möchte. Gegenwärtig sind die ehemaligen europäischen Truppen der indischen Kompanie von einem ursprünglichen Bestande von nahe an 20,000 Mann auf 7266 Mann herabgesunken.

Niederlande. [Söloten bestand.] Nach den neuerrichteten öffentlichen Angaben besteht die niederländische Flotte gegenwärtig aus 5 Dampffregatten, wovon 3 zu 51 und 2 zu 45 Kanonen; 2 Dampfforvetten zu je 19 Kanonen; 17 Schrauben dampfern, wovon 4 zu 16, 3 zu 14, 9 zu 8 und 1 zu 7 Kanonen; 14 Raddampfern, wovon 5 zu 8, 5 zu 6, 2 zu 4 und 2 zu je 1 Kanone; ferne 6 treibenden Batterien, wovon 3 zu 32, 1 zu 30 und 2 zu 26 Kanonen; sodann 2 Einzelschiffen zu je 74, 3 Fregatten zu je 54, 2 zu je 52, 4 zu je 36 und 1 abgetakelten Fregatte zu 28 Kanonen, 2 Korvetten zu 20 und 12, 7 Briggs zu 18, 14 und 12, 11 Schoner von 10 bis zu 2 Kanonen; 1 Transportschiff zu 10, 13 Vertheidigungsfahrzeuge zu je 5 Kanonen und 35 großen und 11 kleinen Kanonenbooten. Nachst zwei Erzettenschiffen für die Seelinie von Willemsoord und Soerabaya bestellt die gesammte Flotte nach diesen Angaben somit 152 Fahrzeuge mit 1750 Kanonen. Das Offizierkorps derselben wird auf einen Admiral (den Prinzen Friedrich), einen Admirals-Lieutenant (den Prinzen Heinrich), 2 Viceadmirale, 5 Kommodores, vorwarter der Prinz von Oranien, 20 Kapitäns zur See, 46 Kapitän-Lieutenants, 15 Lieutenants erster, 78 zweiter Klasse und 67 Seefädelten angegeben. Das Korps der Matrosen hat eine Stärke von 44 Offizieren und 1877 Unteroffizieren und Soldaten, wovon sich zur Zeit 10 Offiziere und 1002 Mann an Bord befinden. Auf dem Kriegsfuhre soll dieses Korps 49 Offiziere und 2104 Kombattanten betragen. — p.

Q o f a l e s .

* **Posen.** 1. Mai. [Militärisches.] Das 10. f. Inf. Regiment, dessen demnächst bevorstehender Abgang von hier schon gemeldet, wird künftig in Schlesien garnisoniren, und zwar so, daß das 1. und 2. Bataillon nach Schweidnitz und das Füsilierbataillon nach Reichenbach kommt.

B Posen. 1. Mai. [Ein Verein zur Besserung entlassener Strafgefangenen] ist hier noch nicht gebildet. Wir wollen deshalb durch diese Zeilen die Aufmerksamkeit von Behörden und einflussreichen Privaten auf diesen hochwichtigen Gegenstand richten. In Berlin entfaltet ein solcher Verein, der sich dort bekanntlich der höchsten Protektion erfreut, die segensreichste Wirklichkeit. Namentlich ist es K. Ger. Dir. Odebrecht, der mit voller Hingabe sich den Zwecken des Vereins widmet. Erst neuerrichtet ist wiederum ein Zufluchtshaus für entlassene Strafgefangene eröffnet worden. Wir erkennen keineswegs, daß bei uns der Bildung des gedachten Vereins Hindernisse entgegenstehen, die vornehmlich ihren Grund in der Verschiedenheit der Nationalitäten und Konfessionen haben; wir meinen jedoch, daß diese nicht unübersteiglich sind, und daß ein Zusammenwirken Aller um des gemeinsamen Zwecks willen von Nöthen ist. Und giebt es in der That ein schöneres Werk, als den Mitmenschen, der, wenn er von der irdischen Gerechtigkeit gestraft, doch noch immer nicht zu den Verlorenen zu zählen ist, wieder zu einem nützlichen Gliede der Gesellschaft zu machen? Unsere Zeit, die so gern humanistische Bestrebungen fördert, hat es mit Recht erkannt, daß, sei der Erfolg noch so zweifelhaft, nichts unversucht gelassen werden darf, was geeignet ist, einem in seinen Tendenzen menschenfreundlichen Zwecke auch ein lohnendes Resultat zu sichern. Es ist eine ziemlich unbestrittene Thatsache, daß die Rückfälle bei Verbrechen zumeist ihren Grund darin haben, daß der entlassene Verbrecher gewissermaßen ausgestoßen von der Gesellschaft, nirgend Theilnahme und nur selten wieder ein Unterkommen findet, ihm daher in den meisten Fällen kaum etwas Andres übrig bleibt, als sich aufs Neue dem Verbrechen in

die Arme zu werfen. Dieser Umstand fällt schwer ins Gewicht und ist von zu großem volkswirtschaftlichen Interesse, als daß ihm nicht die höchste Beachtung zu Theil werden sollte. Denn in seinen Folgen wird nicht bloß der oft nur durch materielle Noth zum Verbrechen verleitete, immerhin unserer Theilnahme würdig Mensch bietet sich hier der echten Wohlthätigkeit im Allgemeinen und jedem ist hier in den meisten Fällen einem Nebel zu steuern, das, leugnen wir es nicht, uns zu überwuchern droht! Wer Gelegenheit hat, in den Gerichtssälen und außerhalb derselben diese Beobachtungen im gewissen Sinne an der Quelle des Übelns zu machen, wird sich der Überzeugung nicht verschließen, daß es hohe Zeit ist, Abhülfe zu schaffen. Denn außer dem, nur zu kurzem Aufenthalt bestimmt Lokale für Obdachlose, gibt es bei uns keinen Ort, wo Verlassene einen Zufluchtsort, Arbeitslose dieser Art entsprechende Beschäftigung finden können. Kommunen, die nicht die Bedeutung, wie die unsrige haben, besitzen Arbeitshäuser; wir entbehren dieses Instituts noch immer! Wir gedenken in einem folgenden Artikel eine Kriminalstatistik, zunächst für den hiesigen Kreis, zu geben, und hoffen, daß die Zahlen ein schlagender Beweis unserer Behauptungen sein werden. Zur besonderen Genugthuung wird es uns aber gereichen, wenn diese Zeilen mindestens die Anregung zur Bildung eines Vereins geben werden, der überall, wo er besteht, auch auf das Wohlthätigste wirkt.

R — [Der neue Wohnungs-Anzeiger für Posen] ist vor Kurzem, nach amtlichen Materialien zusammengestellt, im Verlage von W. Decker u. Comp. hier erschienen. Er zeichnet sich diesmal vor seinen Vorgängern wesentlich aus, und wenn das selbst für das Neuherrn derselben gilt, so noch bei Weitem mehr für das Innere derselben. Die zum Theil sehr bedeutenden Mängel der früheren Ausgaben sind s. z. auch von uns nicht verhehlt worden, und wir dürfen deshalb um so mehr unsre Befriedigung über das diesmal Geleistete aussprechen. Es liegt in der Natur einer solchen Arbeit, die die Aufgabe hat, unaufhörlich fluktuirende Momente als Anforderung ab soluter Richtigkeit von keinem Verständigen gestellt werden kann und gestellt wird; eine solche ist eben unmöglich. Was aber nach dieser Seite hin möglich ist, das ist diesmal sorgfältig und umsichtig geschehen. Dem sehr vollständigen Einwohnerverzeichnisse ist sofort ein Nachtrag hinzugefügt, und außerdem am Schlusse ein zweiter beigegeben, welcher alle bis zum 10. April polizeilich angemeldeten Zugewanderten und Wohnungswechsel enthält. Außerdem ist das Verzeichniß der Straßen und Häuser (und der Eigentümer) mit ihren Bewohnern sehr vollständig und übersichtlich zur Orientierung bearbeitet, und das Verzeichniß sämtlicher Geschäft- und Gewerbetreibenden, Künstler ic., nicht minder die alphabetische Zusammenstellung der Bureau's sämtlicher Behörden, der öffentlichen Institute und Gebäude, wie der wissenschaftlichen Privatanstalten, eine sehr dankenswerte Zugabe. Daß das Buch auch eine vollständige Übersicht sämtlicher königl. Militär- und Civil-, wie der Kommunalbehörden und öffentlichen Anstalten mit genauer Angabe der dabei angestellten Beamten, der Ortsbezirks- und Armenvorsteher, der Schiedsmänner, der Ärzte und Apotheker, der Alterleute und Prüfungsmeister der Bildungen, der hier vorhandenen verschiedenen Agenturen ic. ic., endlich auch ein Verzeichniß der in der Provinz Posen befindlichen Brennereien und Rübenzuckerfabriken enthält, macht es um so brauchbarer, und die kurze statistische Beilage am Schlus wird für jeden Manchen, ebenso wie die beigegebenen Geschäftsanzeigen von Interesse sein. Der höchst saubere äußere Ausstattung, bei in der That sehr billigem Preise, haben wir schon gedacht, und wenn ein früheres Erscheinen des Buches immerhin erwünscht gewesen wäre, so darf doch wiederum nicht vergessen werden, daß die Unmasse des bei einer solchen Arbeit zu bewältigenden Materials und die nothwendige Sorgfalt bei Bearbeitung derselben einen längern Zeitraum erfordert, und daß andererseits durch die beigefügten Nachträge ic. dafür nun auch eine größere Brauchbarkeit erzielt werden ist.

— [Katholische Pfarrstelle.] Die erledigte katholische Pfarrst. in Gora (Kr. Nowraclaw) ist dem Prodekan v. Sudarsk aus Parhamie zur Verwaltung einstweilen übergeben.

— [Anstellung.] Der Lehrer Julius Fabian aus Strzelno (Kr. Nowraclaw) ist als Lehrer an der jüdischen Schule zu Strzelno (Kr. Nowraclaw) angestellt.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 29. April. Kahn Nr. 874, Schiffer Christ. Seidler, Kahn Nr. 159, Schiffer Steph. Wojciechowski, Kahn Nr. 2071, Schiffer Karl Schulz, und Kahn Nr. 7346, Schiffer Fried. Drenko, alle drei von Stettin nach Posen mit Steinholzen; Kahn Nr. 680, Schiffer Ferd. Schulze, von Stettin nach Posen mit Eisen.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. Graf Radoliński aus Zarocin, Witte aus Chrudzow, Herre aus Baborowko, v. Bojanowski aus Krzelotowice und v. Gorzeniński aus Gembie, Aßeluranz-Inspiz. v. Braunischweig aus Magdeburg, Fabrikant Warzska aus Kempt, Fräul. Seiffert aus Nassau, Rentier Dänische aus Dresden, die Kaufleute Herz aus Schneidemühl, Kaiser aus Leipzig und Pommet aus Glog

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Monats-Uebersicht
der Provinzial-Alttienbank des Großherzogthums Posen.
Activa.

Geprägtes Geld	339,180 Thlr.
Noten der Preuß. Bank und Kassenanweisungen	46,100
Wert	1,281,890
Kommand.-Bestände	196,640
Geld	134,260
Grundstück und diverse Gedenkungen	94,800
Passiva.	960,000 Thlr.
Noten im Umlauf	41,420
Guthaben von Instituten und Privatpersonen	13,920
Verginsliche Depositen mit monatlicher Kündigung	28,120

Posen, den 30. April 1860.

Die Direktion.

In Vertretung: Eckert.

Oberschlesische Eisenbahn.

In Erläuterung unserer Bekanntmachung vom 1. November pr. bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß die dort genannte Station Karf Beuthen mit „Bahnhof Beuthen“ und die Station Rosberg mit „Stadt Beuthen“ Deutlich ist.

Zur Vermeidung von Verwechslungen müssen von jetzt an Privatdepechen, welche für die auf der Tarnowitz-Morgenrother Eisenbahn befindliche Station Beuthen bestimmt sind, mit „Beuthen Bahnhof“ und wenn sie für Rosberg oder die Stadt Beuthen aufgezogen werden sollen, mit „Beuthen Stadt“ beschriftet werden.

Breslau, den 16. April 1860.
Königl. Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Neumünster. Das im Schildberger Kreise zu Teltow oder Neuburg sub 30 belegene Grundstück, bestehend aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und 300 Morgen Acker, dem Maurermeister Wolfgang hierbei gebürgt, abgeschäfft auf 802 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. folge zu den nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Rechtskrat erreichenden Tare, soll

am 3. Juli 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle jubiläumst versteigert werden. Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenchein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Vertheidigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch im obigen Termine zu melden.

Öffentliches Ausgabot.
Das Königliche Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 10. Januar 1860.
Der von den Kaufleuten Karl Rhode und Ferdinand Koch zu Bremen als Inhaber beider dagehoben unter der Firma Rhode und Koch bezeichneten Handlung an eigne Ordre auf den Kaufmann Adolph Daurowski in Posen gehörige, von denselben angenommene Wechsel, d. h. zahlbar ult. Juli 1858, welchen die Kaufmann durch Giro vom 30. Juni 1858 dem Bremen, den 1. Februar 1858 über 121 Thlr. zahlbar ult. Juli 1858, welchen die Kaufmann durch Giro vom 30. Juni 1858 dem Kaufmann Rudolf Rablüber hier indossirt und den sie im August 1858 von Letzterm wieder eingelöst haben, ist verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird daher aufgefordert, denselben spätestens in dem am 3. September d. J. Vormittags 9 Uhr vor dem Herrn Kreisrichter Melke im Justiz-

amt zu verkaufen oder zu verpachten.

Das im Königreich Polen unmittelbar an der Grenze des Großherzogthums Posen gelegene Vorwerk Kochowo, umfassend einen Flächeninhalt von 40 Hufen neu polnischem Maizes oder 2600 Magdeburger Morgen, 1 Meile von der Stadt Słupce entfernt, worauf die Winterausaat 75–80 polnische Korzen oder 200 preußische Scheffel beträgt, ist mit Einschlus des Grundzinses, der Ertragbarkeit, des Frohdienstes und der Fischerei unter vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen oder zu verpachten. Das Nähere hierüber beim Eigentümer in Kossewo bei Słupce oder an Ort und Stelle.

Ein im guten Bauzustande befindliches und einigen Zinsenüberfluss gewöhnendes Haus mit oder ohne Garten, in freundlicher und gefunder Lage, wird von einem reellen und zahlbaren Käufer zu kaufen gewünscht.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann R. Felsmann in Breslau, Schmiede-

brücke Nr. 50.

Bad Elster

bei Adorf im Königlich sächsischen Voigtlande.

Die Badelaison wird in diesem Jahre den 15. Mai eröffnet und den 15. September geschlossen.

Die Quellen von Elster, zur Klasse der alkalisch-salinen Eisen-sauerlinge gehörig, enthalten als vorwiegende Bestandtheile schwefelsaures und kohlenstoffsaures Natron, insbesondere letzteres, so wie kohlensaures Eisenoxydul und Kohlenstoff.

Hierach bietet diese Quellen in ihrer dreifachen Anwendung als Trinkkur, als Wasser- und als Moorbad theils vereinigt ein eigentliches heilkräftiges Ganze, theils gesondert die manhaftesten Heilmittel zum therapeutischen Gebrauche in sehr verschiedenen Krankheiten. So haben sich die Heilquellen von Elster vorzüglich bewährt, in mehreren Krankheiten der Blutung und des Blutumlaufs, als bei Pfortaderstrockungen, Hamorrhoiden, Gicht, Skropheln, Bleichucht und bei verschiedenen, dem weiblichen Geschlechte eigentlichlichen Krankheiten; ferner bei Nervenschwäche, bei Lähmungen der verschiedensten Grade und Formen, bei Schwäche der Bewegungsorgane, sowie des Atmungs- und Verdauungsapparates und bei schweren chronischen Katarrhen der zu diesen Apparaten gehörigen Organe.

Durch die Erbauung eines zweiten großen Badehauses ist die Badeanstalt, deren gesammte Anzahlung zu den vorzüglichsten gehört und fortgefeiert verbessert wird, in einem dem Be-

hause entsprechenden Umfange erweitert worden.

Postverbindung mit den zunächst gelegenen Städten Plauen (Hauptstation der sächsischen Eisenbahn) und Adorf findet täglich mehrmals statt.

Am ist eine Vereins-Telegraphenstation des deutsch-österreichischen Telegraphen-

vereins im Badeort Elster eröffnet.

Banquiergeschäfte werden durch Herrn Kaufmann Jacob Schiller in Elster vermittelt.

Der unterzeichnete Kommissar, sowie der königl. Brunnen- und Badearzt, Herr Hofrat Dr. Bischler, ingleichen die Herren Badeärzte Dr. Bischler und Dr. Kobell zu Elster werden auf

frankirte Briefe jede etwa gewünschte Auskunft bereitwillig ertheilen.

Bad Elster, im Monat April 1860.

Der Königliche Bade-Kommissar v. Paschwitz.

Dr. Eduard Meyer, pract. Arzt, Wundarzt, Geburtshelfer etc. Special-Arzt für Geschlechtskrankheiten in Berlin, Krausenstrasse 62, wird fortfahren, Auswärtige brieflich zu behandeln, die ihre aus geschlechtlichen Ursachen jeder Art gestörte Gesundheit in kur-

zem Leben Adel und geehrten Publikum zeigen ich hierdurch ergebenst an, daß ich die von meinem verstorbenen Chemann B. Neugebauer seit 26 Jahren mit Erfolg betriebene Tischlerei, wie auch das seit einer Reihe von Jahren damit verbundene Möbel- und Polsterwarengeschäft mit Unterstützung meines ältesten Sohnes nach wie vor unter der bisherigen Firma fortsetzen werde. Unsere gebreiten Kunden bitte ich daher, sich auch ferner mit Vertragen an mich wenden zu wollen.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren sind in den neuesten Tugends und reicher Auswahl von verschiedenen Holzarten vorrätig, und werden solche zu ermäßigten Preisen unter Garantie verkauft.

Besonders aber mache ich auf eine sehr große Partie Stufen von verschiedenen Holzarten aufmerksam, die ich, um damit zu räumen, zu bedeutend ermäßigten Preisen verkaufe.

Julie Neugebauer wird zeichnen B. Neugebauer.

tionszimmer anstehenden Termine vorzulegen, widrigstes der Wechsel für kraftlos wird erklärt werden.

Unterricht im Klavier- und Violinspielen, so wie in der deutschen und polnischen Sprache, im Rechnen und Schreiben ertheilt zu soliden Preisen J. Haak, Lehrer, St. Adalbert 13.

Reitpferde-, Uniformstücke- und Cigarren-Auktion.

Im Auftrage des Königlichen Kreisgerichts hier werde ich Freitag den 4. Mai c. Vormittags von 9 Uhr ab in dem Auktionslokal Magazinstr. Nr. 1.

zwei Offizier-Reitpferde, nämlich eine Fuchsstute und einen Schimmelwallach,

Sättel und Reitzeugstücke, Uniforms- und Kleidungstücke, Wäsche, ein großes Fernrohr, Landkarten, Waffen, Hausrath, 12 Mille gute Cigarren, einen gußeisernen Kochherd mit 6 Ringen und diverse Eisenwaren,

öffentlicht meistbietet gegen baare Zahlung versteigern.

Der Verkauf der Pferde findet um Punkt 11 Uhr statt.

Jobel, gerichtlicher Auktionator.

Umzugshälber werden auf der Oberförsterei Ludwigswberg bei Moschin am 7. Mai d. J. früh 8 Uhr verschiedene Möbel, Haush- und Wirtschaftsgeräthe, als auch Vieh und Pferde öffentlich meistbietet verkauft werden, wozu Kunststüze eingeladen.

Rost, Bürgermeister.

Die in dem zu Obornik am Markte sub

Nr. 112 belegene Grundstücke, worin seit einer Reihe von Jahren Wein-, Materialhandel und Gastwirthschaft betrieben werden, sind vom 1. Oktober d. J. ab anderweitig auf einige Jahre zu verpachten. Die Bedingungen sind auf portofreie Anträge zu erfahren bei dem Post-

amt 22 Sgr. 6 Pf. folge zu den nächsten Preis.

Obornik, den 25. April 1860.

Zu verkaufen oder zu verpachten.

Das im Königreich Polen unmittelbar an der Grenze des Großherzogthums Posen gelegene Vorwerk Kochowo, umfassend einen Flächeninhalt von 40 Hufen neu polnischem Maizes oder 2600 Magdeburger Morgen, 1 Meile von der Stadt Słupce entfernt, worauf die Winterausaat 75–80 polnische Korzen oder 200 preußische Scheffel beträgt, ist mit Einschlus des Grundzinses, der Ertragbarkeit, des Frohdienstes und der Fischerei unter vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen oder zu verpachten.

Das Nähere hierüber beim Eigentümer in Kossewo bei Słupce oder an Ort und Stelle.

Ein im guten Bauzustande befindliches und einigen Zinsenüberfluss gewöhnendes

Haus mit oder ohne Garten, in freundlicher und gefunder Lage, wird von einem reellen und zahlbaren Käufer zu kaufen gewünscht.

Auftrag und Nachweis: Kaufmann R. Felsmann in Breslau, Schmiede-

brücke Nr. 50.

Pohl's neue Riesen-Funkel-Rübe mit gelber Wurzel (zwölfter Jahrgang). Von eigener

mit rother Wurzel (vierter Jahrgang). 1859 Cent. Turnips-Runkelrüben, große, sehr lange gelbe, oberhalb

große, sehr lange rothe, der Erde

große, sehr lange weiße, wachsende, Runkel-Rüben, große, lange dicke rothe Klumpen, gut zum

große, lange dicke gelbe Klumpen, Abblättern, rothe Wiener Tellerrübe, Runkel-Rüben, gelbe Wiener Tellerkübel.

so wie alle Arten Gemüse-Samen zu Frühbeet, resp. Mistbeetreiberei und für's freie Land,

Blumen- und ökonomische Futter- und Gras-, Möhren-Sorten, Erdrüben- und Kraut-Samen,

offenbart von erprobter Reinheit und Eignheit zu geneigter Abnahme.

Breslau, Herrenstraße Nr. 5, nahe am Blücherplatz.

Ein gebrauchter Flügel noch so gut wie neu, steht zum Verkauf in der

Pianofortefabrik von

C. Ecke, Magazinstraße 1.

Grabkreuze, Tafeln, Platten liefert außerordentlich billig

Friedrichsstr. 33.

H. Klug.

Wollzüchen-Drillich und Leinwand

bis 65 Zollpfund schwer,

empfiehlt zu dem billigsten Preise

Anton Schmidt

(Leinen-Lager).

Wollsack-Drilliche

in schwerster Ware empfiehlt billig

A. Birner.

Artikel zur Wäsche.

feinst französische, feine Patent-weiß und geblaut und beste Hallische

Weizenstärke,

als feinstes Indigo, Victoriatblau, Cubalt-, Puder- und Kugelblau,

als beste trockene Palmöl- und Oranienburger Soda Seife, sowie Stärke-

glanz und Fleckwasser

empfiehlt

Isidor Appel,

neben der königl. Bank.

Maitrank

von frischem Waldmeister empfiehlt

H. G. Wolff, unter der Weintraube.

NB. Von heute ab täglich frischer Spargel.

Maitrank u. Maitrankfessen

aus frischem Waldmeister empfiehlt

Harwig Kantorowicz,

Bronkerstr. 6.

Striostisches Augenwasser

ist in seiner bekannten Güte wieder vorrätig bei

Ludwig Johann Meyer.

Wollwaschpulver

empfiehlt zur Schärfwäsche

die Farbenhandlung

von Adolph Asch, Schloßstr. 5.

Wollwaschpulver

empfiehlt zur Schärfwäsche

die Farbenhandlung

von Adolph Asch, Sch

In unserem Verlage ist erschienen:

Posener

Wohnungs-Anzeiger

auf das Jahr
1860.

Aus amtlichen Materialien zusammengestellt.

Preis 25 Sgr.

Inhalts-Verzeichniss.

Verzeichniss der Einwohner nach dem Alphabet. Verzeichniss der Straßen und Häuser mit ihren Bewohnern. Verzeichniss sämtlicher Geschäft- und Gewerbetreibenden, Künstler etc. Zusammenstellung sämtlicher königl. Militair- und Cisil-, sowie der Communal-Behörden und der öffentlichen Anstalten, mit Angabe der bei denselben angestellten Beamten. Nachweisung der Orts-Bezirksvorsteher, Armenvorsteher, Aerzte und Apotheker. Verzeichniss der Aelterleute und Prüfungsmeister der Gewerks-Innungen. Verzeichniss der Schiedsmannsbezirke. Nachweisung der hiesigen Agenturen. Nachweisung der Bureaus sämtlicher Behörden, öffentlicher Institute und Gebäude, sowie der wissenschaftlichen Privatanstalten. Verzeichniss der in der Provinz Posen befindlichen Brennereien und Runkelrügen-Zuckerfabriken.

Endlich ein

Nachtrag der bis zum 10. April c. polizeilich anmeldeten Zu- und Umgezogenen.

Statistisches. Geschäfts-Anzeigen.

Posen, den 25. April 1860.

W. Decker & Comp.

In unserem Verlage ist so eben erschienen und vorrätig in **Posen** in der **Gebr. Scherk'schen Buchhandlung (Ernst Rehfeld)**, Markt 77:

Eisenbahn-, Post- und Dampfschiff-Coursbuch.

Amtliche Ausgabe. Nr. 2. 1860.

Bearbeitet nach den Materialien des königl. Postcours-Bureaus in Berlin.

Mit 3 Karten. 8. geh. Preis 12½ Sgr. Berlin, 17. April 1860.

Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker) in Berlin.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

In Posen vorrätig in der **Gebr. Scherk'schen Buchhandl. (Ernst Rehfeld)**:

Rußland unter Alexander II. Nikolajewitsch.

Zur innern Geschichte und äußern Politik vom Thronwechsel bis auf die Gegenwart. 1855—1860.

8. Geh. 1 Thlr. 24 Sgr.

Diese erste wirklich umfassende und gründliche Darstellung der Entwickelungen und Reformen Russlands seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers bis auf die unmittelbare Gegenwart erhöht ihr Interesse noch durch den gleichzeitigen Nachweis der darin bedingten Stellung der Petersburger Politik zu den brennenden Fragen Europa's. Sie zerfällt in folgende Hauptabtheite: das Kriegsjahr, das Krönungsjahr, das Jahr der Umbauungen, das Emancipationsjahr, die Gegenwart.

Familien-Nachrichten.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau Doris geb. Kronthal von einer muntern Tochter zeigt Verwandten und Freunden an Posen, den 29. April 1860.

Z. Zadek.

Auswärtige Familien-Nachrichten.
Verlobungen. Berlin: Fr. El. Böhme mit dem Täpzermeister Ernst Janzen; Torgau: Fr. Baleses Schillinger mit dem Adj. Arzt Dr. Schlott; Irla: Fr. Aug. Brunnnow mit dem Maurermeister August Kind; Eilenstadt: Fr. E. Zabel mit Hrn. E. Möhring.

Verbindungen. Berlin: Ludwig v. Wilsdenbruch mit Fr. Flora Nicolovius; Eisenbarleben: Adolph v. Krogsig mit Fräulein Adelheid

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 30. April 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ 74 b3
Aachen-Maastricht 4 16 b3
Amsterdam-Rotterdam 4 74 b3 u G
Berg. Märk. Lt. A. 4 79-7½ b3
do. Lt. B. 4 —
Berlin-Anhalt 4 108-107½ b3
Berlin-Hamburg 4 105 b3
Berl. Potsd. Magd. 4 49 b3
Berlin-Settin 4 100 b3
Bresl. Schw. Freib. 4 83-83 b3
Brieg. Neisse 4 56-57½ b3
Cöln.-Erfeld 4 —
Cöln.-Minden 3½ 130-129½ b3
Cöln.-Oberb. (Witt.) 4 33-½ b3
do. Stamm-Pr. 4 —
do. do.
Löbau-Zittauer 5 —
Ludwigsburg. Verb. 4 126 b3
Magdeb. Halberst. 4 184-183½ b3
Magdeb. Wittenb. 4 35 b3
Mainz-Ludwigsb. 4 99 G
Mecklenburger 4 48-49 b3 u B
Münster-Hammar 4 —
Neustadt-Weißenb. 4½ —
Niederländs. Märk. 4 90 b3
Niederländs. Zweigb. 4 —
do. Stamm-Pr. 4 —
Nordb., Fr. Wih. 5 49-50 b3 u B
Oberschl. Lt. A. C. 3½ 122-122 b3
do. Litt. B. 3½ 112 b3
Dest. Franz. Staat. 5 139-138½ b3
Oppeln-Tarnow 4 32½ b3
Pr. Wih. (Steel-B.) 4 51 b3
Vereinsbank-Hamb. 4 97½ G

Rheinische, 4 81½ B
do. Stamm-Pr. 4 —
Rhein-Nahebahn 4 44 b3
Ruhrort-Erfeld 3½ —
Stargard-Posen 3½ 79½ b3
Thüringer 4 101½ b3

Bank- und Kredit-Aktien und Anteilscheine.

Berl. Kassenverein 4 117½ G
Berl. Handels-Gef. 4 77½ b3 u G
Braunschw. Bl. A. 4 71 b3
Bremer do. 4 95½ G
Coburg. Kredit-do. 4 49 G
Berlin. Priv. Bl. 4 82½ B
Darmstädter abfst. 4 61-62 b3 u G
do. Ber. Scheine 4 —
do. Bittel-B. 4 90½ G
Dessauer Kredit-do. 4 18-17½ b3 u G
Dist. Comm. Anth. 4 75-½ b3
Genfer Kred. Bl. A. 4 28½ b3 u G
Magdeb. Feuervers. A. 4 —
do. II. Ser. 5 101½ G
do. II. Ser. 5 100½ G
do. III. S. (R. S.) 3½ 72 B
do. Düsseld. Elberf. 4 —
do. II. Em. 5 —
Geraer do. 4 72 G
Gothaer Priv. do. 4 74½ etw b3
Hannoverische do. 4 89 G
Königsb. Priv. do. 4 82½-82 B
Leipzig. Kredit-do. 4 53½ G
Luxemburger do. 4 71 b3
Magdeb. Priv. do. 4 74 B
Meining. Kred. do. 4 64-½ b3 u G
Moldau. Land. do. 4 —
Norddeutsche do. 4 80½ G
Niederschl. Zweigb. 4 —
Destr. Kredit-do. 5 71-½ b3
Pomm. Ritter. do. 4 66 B
Posener Prov. Bank 4 75- etw b3
Preuß. Bank-Ant. 4 127½ b3 u G
Röderer Bank-Ant. 4 100 G
Schles. Bank-Verein 4 73 G
Thüring. Bank-Ant. 4 49½ b3
do. II. Em. 5 102½ B

Waaren-Kred. Anth. 5 90½-½ b3
Weimar. Bank-Akt. 4 78 B

Industrie-Aktien.

Dessau-Kont. Gas-A. 5 84½ b3
Berl. Eisenb. Fabr. 5 —
Hörder Hüttenv. Ak. 5 71 etw b3 u G
Minerva. Bergw. A. 5 30 B
Neustadt. Hüttenv. A. 5 4½ B p. Stdt.
Concordia 4 — [Fco. Zins.]

Magdeb. Feuervers. A. 4 —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 —

do. II. Em. 4 —

do. III. Em. 4 88½ b3

do. IV. Em. 4 79½ b3

do. III. Em. 4 —

do. IV. Em. 4 —

do. III. S. (R. S.) 3½ 72 B

do. Düsseld. Elberf. 4 —

do. II. Em. 5 —

do. II. Ser. 4 82½ b3

do. II. Ser. 4 87½ G

do. II. Em. 4 95½ b3

do. III. Em. 4 99 b3

do. II. Em. 4 102 G

do. III. Em. 4 90 G

do. III. Em. 4 98½ b3

do. II. Em. 4 97½ b3

do. II. Em. 4 99½ b3

do. II. Em. 4 102½ B

do. II. Em. 4 102½ B